

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

kleinste Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Für einen Monat 2.20 RM.
mit Zutrogen, einzelne Nummern 15 Reichspfennige
— : Gemeinde-Verbands-Kontos
Nr. 3 :: Gemüter: Amt Dippoldiswalde
Nr. 403 :: Postcheckkonto Dresden 12 548

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
des Amtshauptmannschafts, des Amtsgerichts
und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreis: Die 48 Millimeter breite
Postseite 20 Reichspfennige. Eingeblendet und
abholen 80 Reichspfennige

Verantwortlicher Redakteur: Felix Gebue. — Druck und Verlag: Carl Gebue in Dippoldiswalde.

Nr. 176

Donnerstag, am 31. Juli 1930

96. Jahrgang

Versiegerung.

Sonntagnachmittag, den 2. August d. J., vormittags 11 Uhr,
sollen in Überndorfer Straße ca. 6½ Scheffel aufstehender Roggen (in Puppen)
öffentliche gegen Barzahlung versteigert werden.
Sammlort der Bieter: Restaurant Huthaus Dippoldiswalde.
Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Dippoldiswalde.

Straßenperrung.

Wegen Brückenarbeiten wird die Schmiedeberg-Oberndorfer Straße (Molchgrundstraße) für den Durchgangsverkehr vom 4. bis mit 11. August d. J. gesperrt.
Der Fahrverkehr wird während dieser Zeit auf die Hochwands- und Eisenstraße übergeschoben.

Schmiedeberg, Bev. Dresden, am 24. Juli 1930.
Der Gemeinderat.

Vertliches und Sächsisches.

Dippoldiswalde, 30. Juli. Ist bei uns in Dippoldiswalde die wirkliche Wohnungsnott, d. h. der eigentliche Wohnungs- mangel, auch nicht so groß, wie in manch anderem Orte, so ist sie doch auch noch nicht behoben, besonders insoweit, als eine Unzahl Familien noch in recht mangelhaften Wohnungen hausen müssen und schwer anderwärts unterzubringen sind aus diesem oder jenem Grunde, auch wegen der großen Kinderzahl. Nachdem die Stadtverwaltung da schon früher mit Erfolg um Mithilfe bemüht war, hat sie das wiederum getan durch Schaffung von vier Wohnungen in zwei Häusern, sogenannten Behelfsbauten. Baumeister Hinkelmann hat sie gebaut. Sie sollen nun bezogen werden und wurden gestern durch Mitglieder der städtischen Kollegien besichtigt. Man hat sich Freitester Bauten zum Vorbild genommen. Prinzip war, möglichst geräumige und vor allem praktische und gesunde Wohnungen zu schaffen bei nach den Zeitverhältnissen denkbare niedrigster Miete. Das wieder bedingte Vermeidung jeder nur irgend vermeidbaren Ausgabe. Luxuswohnungen konnten's also und sollten's ja auch nicht werden. Und wenn die beiden Häuser somit für unsere Stadt auch zunächst gewissermaßen einen Versuch darstellen, so dürfte derselbe doch schon jetzt im Ganzen als gelungen bezeichnet werden können. Draußen auf der Siedlung, hinter dem Vierfamilienhaus stehen sie, freundlich grüßend in freier Natur. Sie machen schon von außen einen anheimelnden, warmen Eindruck, der nicht abgeschwächt wird, wenn man sie betrifft. Jedes Haus hat zwei vollständig getrennte, gleichgroße Wohnungen (sogar für jede eine besondere Haustür) von alles in allem reichlich 60 qm Bodenfläche. Das Erdgeschoß enthält eine geräumige Wohnstube und einen zweiten gleichgroßen Raum, der sowohl Wohnstube als auch nötigenfalls Schlaf- stube sein kann, das Obergeschoß außer einem großen Vorraum, der ebenfalls als Schlafraum benutzt werden könnte, die eigentliche Schlafstube. Ein wenig Boden, ein hübscher Keller und Hof und Gartenland sind ebenfalls da. Die Räume sind niedrig, sodass die Wohnstube sich nicht schwer heizen lassen dürfte, und mit elektrischem Licht versehen. Die beiden Häuser werden mit allem Drum und Dran auf 24 000 M. zu stehen kommen. Die, die sie nun beziehen, werden sich zunächst „wie im Himmel“ fühlen und recht schnell heimisch werden. Mögen sie es auf die Dauer bleiben und den Wert einer guten Wohnung schätzen und das durch pflegliche Instandhaltung beweisen zur Genugtuung und Freude der Stadtverwaltung.

Dippoldiswalde. Tagesordnung für die 10. Stadtverordnetensitzung Freitag, am 1. August 1930, abends 8 Uhr. Öffentliche Sitzung: Renninnsnahme von einem Dankschreiben und einer Einladung. — Desgl. von Übergabe eines Betrages zum Kriegerhrenfonds. — Desgl. Freistelle an der Landesschule betr. — Niederschrift, Kraftwagenlinie Dippoldiswalde-Ede Krone betr. — Aushebung des Ortsgeleis über kostenlose Totenbestattung. — Nichtöffentliche Sitzung.

Autos dürfen ohne Licht parken. Der Reichsverkehrsminister hat nach Zustimmung des Reichsrats die grundlegende Verordnung über den Kraftfahrzeugverkehr neu herausgegeben und wesentliche Vorschriften abgeändert. Durch die für das ganze Reich gültige Verordnung ist nunmehr endgültig geregelt, dass stillstehende Kraftfahrzeuge auf Parkplätzen, auf Droschkenhaltestellen und überall dort, wo zuverlässige fremde Lichtquellen eine ausreichende Beleuchtung gewährleisten, während der Dunkelheit keine eigene Beleuchtung zu haben brauchen, auch keine Beleuchtung des hinteren Kennzeichens. Für die Beleuchtung der hinteren Kennzeichen gilt in Zukunft, dass bei Dunkelheit oder starkem Nebel die

Rede des Reichskanzlers

auf der Parteivorstandssitzung des Zentrums

Berlin, 31. Juli.

Bor dem Parteivorstand der Zentrumspartei erklärte Reichskanzler Dr. Brünning u. a. folgendes:

Es wäre für die Reichsregierung in anderen Städten der parlamentarischen Kämpfe der vergangenen vier Monate leichter und günstiger gewesen, den Reichstag aufzulösen, als in diesem Augenblick. Über die Verantwortung, die die Reichsregierung für die Entwicklung des Ganges, namentlich der Wirtschaft hat, hat sie veranlaßt, mit dem Vorschlag der Annwendung der äußersten Mittel, die die Verfassung gibt, mit dem Artikel 48 und der Auflösung des Reichstages solange zu warten, wie noch ein Funke Hoffnung vorhanden war, dass noch ein Funke Hoffnung vorhanden war, die notwendigen Dinge auf parlamentarischem Wege zu erledigen. In den vergangenen drei Jahren haben die Zentrumspartei und ich persönlich warnende Worte gesprochen gegenüber der finanziellen Entwicklung und abzu optimistischer Beurteilung unserer Wirtschafts- und Finanzlage. Aber die meisten unter denjenigen, die damals gewarnt haben, sind nicht gehört worden. Als man anfangt zu zweifeln, gab man sich der neuen Illusion hin darüber, dass die Revision des Dawesplanes eine gewaltige Erleichterung der Lage bringen könnte. Das hat dazu geführt, dass man diese Revision vorzeitig herbeigeführt hat in einem außen- und innenpolitisch ungünstigen Zeitpunkt. Wir sind zu den Pariser Verhandlungen gegangen mit einer Finanz- und Kassenlage, die von vornherein eine starke Position nicht ermöglichte. Gelegentlich der Frühjahrsdebatte um den Etat 1929 habe ich Regierung und Finanzminister gebeten, sofort eine Finanzreform in Angriff zu nehmen. Aber damals stand in der Deffentlichkeit im Vordergrund, um welchen Betrag man die Steuern senken könnte. Die einzige Maßnahme, die eine Kassensanierung zum Teil herbeiführten konnte, die Kreuger-Umliehe, wurde verbunden mit der Annahme des Youngplans. Unterdessen hatte das deutsche Publikum in steigendem Maße Kapitalien aus Deutschland ausgeführt.

Das Bestreben der Zentrumspartei ging von vornherein dahin, dem deutschen Volke klar zu machen, dass mit der Übernahme des Youngplanes eine Lähmung in der gesamten Finanz- und Wirtschaftspolitik des Reiches eintrete. Aber wir befürchten, dass die Erkenntnis dieser großen Falle nicht einmal im Reichstag durchgedrungen war. Daher die Forderung, die Finanzreform gleichzeitig mit den Younggeleben zu verabschieden, die Sanierung der Kassenlage sicherzustellen und alle Maßnahmen zu treffen, um durch Ersparnisse und wirtschaftliche Reformen in Zukunft eine Wiederholung der finanzpolitischen Katastrophen der Jahre 1926 bis 1930 unmöglich zu machen. Damals sind wir von den Parteien, namentlich aber von der Sozialdemokratie, für diesen Schritt verpottet worden. Aber wir haben auch vorausgesehen, dass nach dem Tode Dr. Stresemanns die Bindung der Deutschen Volkspartei an die Große Koalition schwächer werden würde. Wir wollten der Möglichkeit eines schnellen Herabfalls dieser Bindungen vorzukommen, indem wir dem Kabinett Müller die Initiative aufzwingen. Es wird nicht gelingen, an der Tafel zu rütteln, dass die Große Koalition nicht am Zentrum gescheitert ist, sondern an der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokratie. In dem Aufruf der Sozialdemokratie heißt es, diese Regierung sei eine Regierung der „Saiten“. Ich weiß nicht, ob es „satt“ ist, wenn man dafür sorgt, dass notwendige Mittel herbeigeführt, damit die Arbeitslosen- und Wohlfahrtsunterstützung für die Armuten der Armen im Laufe dieses Jahres sichergestellt werden. Aber der größte Grad der Saftigkeit liegt wohl darin, wenn politische Parteien sehen, dass eine schwierige Entwicklung kommt und sich dann unter irgendeinem Vorwand aus der Verantwortung drücken.

Der Reichskanzler kam dann auf den sozialdemokratischen Vorwurf zu sprechen, der Artikel 48 sei angemordet worden, bevor alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft waren. In diesem Zusammenhang erklärte er, die Regierung habe keine Verhandlungen führen können, über die vielleicht die Regierungskoalition aufgelöst und ein Chaos in der Politik eingetreten wäre. Die Sozialdemokratie habe bei

den Verhandlungen eine doppelzüngige Politik getrieben. Die Oppositionspartei, die die Reichsregierung bedingungslos unterstützt hätte, hätte die politische Entwicklung von demselben Tage an maßgebend beeinflusst.

Der Artikel 48 sei im Laufe der letzten Jahre mehr als hundertmal angewandt worden, am meisten vom Reichspräsidenten Ebert. Niemand habe sich damals darüber aufgeregt. Es sei eine merkwürdige Tatsache, dass die Sozialdemokratie wie von einem Bann getroffen die Augen schließen, wenn es um die Zukunft eines Volkes gehe. Man könne nicht immer mit Panzerkreuzer und Kinderpelzung Wahlen machen. Das Kabinett Müller habe den Panzerkreuzer gebaut und für die Kinderpelzung nichts in den Etat eingesetzt.

Deutschland müsse den Wahlkampf führen in einem Augenblick der schwersten Weltwirtschaftskrisis. Es handele sich um eine Revolution der gesamten Weltwirtschaft. In Anbetracht dieser Tatsache, insbesondere der Zahl der Arbeitslosen, wäre es gut gewesen, wenn die Sozialdemokratie sich zur Mitarbeit bereiterklärt hätte. In einem Augenblick, wo man im Reichstag rund eine Milliarde Mark zur Verfügung stellen müsse, um die bisherige Sozialgesetzgebung zu retten, sei es sotial, wenn man den Etat habe, diese Dinge zu machen und unsozial, wenn man sich aus agitatorischen Gründen an diesen Dingen vorbedrücke.

Die Regierung werde sich streng an die Verfassung halten, aber im Rahmen der Verfassung alles tun, was geschehen müsse. Jede Reichsregierung, die dem Reichspräsidenten nicht die neuen Notverordnungen vorgeschlagen hätte, würde sich eines schweren Verbrechens schuldig gemacht haben. Es handele sich bei diesen Maßnahmen darum, eher aus der Krise herauszufinden als alle anderen Länder. Und das sei durchaus möglich; einmal hätten wir billiges Geld, zweitens könnten wir von dem niedrigen Preisstand der ausländischen Rohstoffe profitieren, und endlich sei es gelungen, die Landwirtschaft aus der Katastrophe wieder herauszuholen.

Der Reichskanzler kam dann auf die neuen Verordnungen an sich, die Finanzmaßnahmen für die Gemeinden und die Osthilfe zu sprechen. Zu letzterer erklärte er, wäre die Deckungsvoorräte angenommen, der Haushalt verabschiedet worden, dann wäre es eine Osthilfegesetz durchgeführt worden, das eine Osthilfe von mindestens fünf Jahren geschaffen hätte. Alle Maßnahmen seien in einer Verordnung zusammengefasst, die nur als Ganzes vom neuen Reichstag angenommen oder aufgehoben werden könnten. Änderungen seien auch für den nächsten Reichstag nicht möglich.

Bezüglich der gestaffelten Bürgersteuer erklärte Dr. Brünning, es sei bei den hohen Einkommen ein solcher Sach erreicht worden, der dem sozialdemokratischen Reichszuschlag ungefähr gleichkomme. Was sollte man dazu sagen, wenn dieselbe Partei noch vor Monaten die Senkung der Einkommensteuer als das Vordringlichste in der ganzen Finanzreform bezeichnet habe. Der neue Reichstag werde vor dringenden Reformen stehen, die sich im wesentlichen auf restlose Durchführung der Finanzplanierung in Reich, Ländern und Gemeinden bezügen. Es gelte vor allem, Ersparnisse zu machen. Man müsse zu einer klaren Scheidung zwischen den Aufgaben für Reich, Ländern und Gemeinden kommen. Ein Programm für die Bauwirtschaft der nächsten Jahre müsse schon jetzt aufgestellt werden, weil man die Frist einer weiteren Lockerung bis zur Aufhebung der Zwangsirtschaft rechtzeitig ins Auge fassen müsse. Auch die Eisenbahn müsse aus der schwierigen finanziellen Lage herausgebracht werden. Man müsse wieder zur Klarheit und Wahrsichtigkeit im politischen Leben kommen. Die Krise des Parlaments habe die Zentrumspartei seit 1926 vorausgehen. Wenn es das vornehmste Recht des Parlaments sei, die Ausgaben zu bewilligen, dann müsse es auch die notwendigen Einnahmen rechtzeitig beschaffen.

Nicht die Parteien dürfen führen, sondern das Kabinett. Daran habe es in den letzten Jahren gefehlt. Das Kabinett müsse die Verantwortung übernehmen und die Entscheidung möglichst im Plenum des Reichstags suchen.

Rennzeichnen für ein normallichtiges Auge auf eine Entfernung von 15 Meter noch deutlich sichtbar sein müssen.

Die Pressestelle der Landwirtschaftskammer weist darauf hin, dass auf der Gruppe Landwirtschaft der Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden 1930 auch eine eigene Weinhalbhälften sächsischer Weine errichtet worden ist. Man kann hier Proben sächsischer Weine entnehmen aus Meissen und aus der Lößnitz und wird zu dem Reputat kommen müssen, dass dem sächsischen Wein — vielsach auch in Sachsen selbst — durchaus Unrecht geschieht, wenn man ihn etwa gegenüber anderen Weinen als minderwertig bezeichnen wollte.

Gerade um diesem Vorurteil zu begegnen, ist diese Weinhalbhälften geschaffen worden. Hier kann man zu billigen Preisen — auch in Schoppen — sich von der guten Beschaffenheit sächsischer Weine überzeugen.

Wetter für morgen:

Nachdruck verboten!
Allmähliche Stabilisierung der Wetterlage. Wohliges bis geringes Heiteres, vorwiegend trockenes Wetter, langsame, aber fortwährende Zunahme der Temperaturen, mögliche, auch schwache Winde, meist noch aus westlichen Richtungen.

Ende der Demokratischen Partei

Die Entscheidung des Demokratischen Parteiausschusses
Berlin, 30. Juli.

Im Reichstag tagte der Parteiausschuss der Deutschen Demokratischen Partei, dem über 400 Personen angehören. Auf der Tagesordnung stand als Hauptpunkt die Zur-Verfügung-Stellung der Organisation der Deutschen Demokratischen Partei für die neue Deutsche Staatspartei.

Der Parteivorsitzende Koch-Weser verteidigte seine Haltung. Wenn er auch schweren Herzens die Aufgabe der Organisation der Deutschen Demokratischen Partei vorschläge, so tuet er es doch mit der Befriedigung, daß auch in Zukunft das gleiche Ziel verfolgt werde wie bisher. Gewiß sei er vorgegangen ohne den Parteiausschuss zu berücksichtigen. Dieser aber habe eine Entschließung angenommen, die dem Ziel gegolten habe, auf das er nun losgesteuert sei. Auch in einer Sitzung der Wahlkreisvorstehenden habe er sich die Sicherheit darüber geholt, daß diese zwar mit Entschiedenheit gegen eine Abdication bestehender Parteien Stellung nähmen, aber mit ebenso großer Freudigkeit für die Neuenschöpfung einer höheren Partei eintraten, namentlich in Anlehnung an die Volksnationale Reichsvereinigung. Die neue Partei sei nicht einig in dem Ziel der Verteidigung und der Republik gegenüber Angriffen der radikalen Parteien rechts und links. Es müsse, so betonte der Parteivorsitzende, eine Partei vorhanden sein, die mit jugendlichen Kräften diesem Radikalismus gegenübertrate.

Koch-Weser wandte sich dann der Stellungnahme der neuen Partei zur Sozialdemokratie zu. Jetzt können noch Menschen zusammen, die der Sozialdemokratie wirklich einmal unbewogen gegenüberstanden und durchaus bereit seien, erforderlichenfalls auch mit ihr zusammenzugehen. Jegliches Koalitionsbündnis mit Hitler oder Hugenberg lehne die neue Partei mit aller Entschiedenheit ab.

An die Rede Kochs schloß sich eine lange und lebhafte Debatte, an der sich zahlreiche Abgeordnete und sonstige hervorragende Redner der Demokratischen Partei beteiligten. Die Ausprache ließ keinen Zweifel darüber, daß die große Mehrheit des Parteiausschusses für die neue Staatspartei ist.

Nach Beendigung der Ausprache wurde gegen vier Stimmen folgende Entschließung angenommen:

„Der Parteiausschuss der Deutschen Demokratischen Partei nimmt der Gründung der Deutschen Staatspartei zu und stellt die Parteiorganisation für den Wahlkampf zur Verfügung. Der Parteiausschuss wünscht und erwartet, daß die Deutsche Staatspartei mit größtem Ernst bedacht sein wird, alle gesinnungsverwandten Kräfte zu vereinigen und zu einheitlicher politischer Arbeit zusammenzufassen.“

Die Sammelaktion der Volkspartei

Berlin, 31. Juli.

Die im Reichstag auf Einladung des Führers der Deutschen Volkspartei, Minister a. D. Dr. Scholz, abgehaltene Besprechung der bürgerlichen Parteien über die Frage eines Zusammenschlusses dieser Parteien im Wahlkampf, führte zu keiner Verständigung über diese Frage. Dagegen einigte man sich dahin, daß von den an der Besprechung beteiligten Parteigruppen ein gemeinsamer Wahlaufruf erlassen werden soll, in dem sich diese Parteien verpflichten, für das Finanzreformprogramm der Reichsregierung einzutreten.

Die Osthilfe im Notprogramm

Über ein Jahrzehnt hat der deutsche Osten die katastrophalen Folgen einer brutalen Grenzziehung ohne Mützen getragen. Landwirtschaft und Gewerbe gingen immer mehr zurück, ein großes Wirtschaftsterben setzte ein. Weite Landstriche und besonders auch die Städte der deutschen Ostmark verödeten. Auf den kleinen Städten rechts der Oder, in der Grenzmark Posen-Westpreußen, in Ostpreußen und Ostpreußen löste der Alpdruck grauenhafte Wirtschaftskrisis. Das Schlüsselgewerbe für alle diese Gebiete ist die Landwirtschaft, und als es mit ihr immer weiter bergab ging, da kamen auch Handel, Handwerk und Gewerbe an den Bettelstab. Zu den Auswirkungen des Versailler Vertrages kamen die Folgen der Weltkrise, die Landwirtschaft, Handel und Industrie aller Länder bedrückt. Die Wirtschaft des deutschen Ostens wurde von ihr am aller-schwersten betroffen. Als schließlich der Osten den Todesstoß zu erhalten drohte, da erhob er seine Stimme und forderte in letzter Stunde Hilfe aus dringender Not, die zu gewähren eine Lebensfrage Deutschlands ist. Denn eine fortschreitende Entvölkerung des deutschen Ostens als Folge der Vernichtung zahlreicher Existenz würdet schwere Gefahren für das deutsche Volk heraufbeschwören. In allen staatserhaltenden Parteien sah sich allmählich die Erkenntnis durch, daß eine großzügige Hilfe für den deutschen Osten nicht nur um seiner selbst willen, sondern vor allem aus nationalpolitischem und allgemein-volkswirtschaftlichen Gründen notwendig sei. Als einen Akt der Staatsallianz des gesamten deutschen Volkes hat Reichsernährungsminister Schiel die Hilfe für den Osten bezeichnet. Als dann Reichspräsident von Hindenburg die Reichsregierung ersuchte, einen Plan aufzustellen, wie dem bedrängten deutschen Osten geholfen werden könnte, da sich noch einmal die dumpfe Verzweiflungslösung, die sich bereits der deutschen Menschen im Osten bemächtigt hatte. Und noch einmal raffte man alle Kräfte zusammen, um einen letzten Versuch zu machen, das schier Unabwendbare zu bannen. Ein großes Osthilfegesetz wurde ausgearbeitet, es sollte als Fünfjahresplan zur Durchführung kommen. Weil zweifellos ein Notstand vorlag, der wegen der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung die Anwendung des Artikels 48 rechtfertigte, war die Reichsregierung nach der Auflösung des Reichstages bestrebt, den Wünschen des Reichspräsidenten gemäß die Osthilfe trotz der Nichtverabschiedung des ursprünglichen Gesetzentwurfs in möglichst weitgehendem Maße durchzuführen.

Die neue Notverordnung enthält alle formalen Voraussetzungen für die Anangriffnahme des Hilfswertes infosfern, als alle für das laufende Jahr erforderlichen Mittel sicher gestellt wurden. Das Hauptstück der Osthilfe in ihrer gegenwärtigen Gestalt ist der Vollstreckungsausschuss, der für

die Zeit bis zum 31. Dezember 1930 durchgeführt wird. Die diesbezüglichen Bestimmungen der Notverordnung legen sich eng an den alten Gesetzentwurf an. Das Antrogsrecht haben Bandstellen und bis zu ihrer endgültigen Einrichtung sogenannte Zwischenstellen. Für welches Gebiet der Vollstreckungsschutz, der in der Regel drei Monate umfaßt, geschaffen werden soll, bleibt noch zu treffenden Vereinbarungen mit Preußen vorbehalten. Zweck der ganzen Aktion ist die Hilfe in unverschuldeten Not. Denjenigen Betrieben, die in ihrem Bestande durch Zwangsvollstreckung gefährdet sind und deren gesicherte Fortführung sowohl im Interesse des Betriebsinhabers als auch seiner Gläubiger liegt, soll der Vollstreckungsschutz gewahrt werden, damit der Landwirt davon bewahrt bleibt, von Haus und Hof vertrieben zu werden. Hoffnungslos verschuldeten Gütern, bei denen eine künftige Hinauszögern der Zwangsvorsteigerung die Sanierung doch nicht ermöglichen würde, werden von der Mohnahme nicht betroffen. Eine einseitige Bevorzugung des Schuldners soll in der Weise vermieden werden, daß sich die Hilfe nur auf diejenigen Fälle erstreckt, in denen bereits eine finanzielle Belhöhe des Staates gewährt worden ist. Ein allgemeines Voratorium, von dem letzten Endes nur der Geldnehmer benachteiligt würde, sollte vermieden werden.

Die notwendige Voraussetzung für den Vollstreckungsschutz, der die Schuldenregelung fördern soll, ist die Umlaufschuldenaktion, die in verkleinertem Maßstabe von der Notverordnung übernommen worden ist. Die Gründung der Umlaufschuldenbank mußte dem ordentlichen Gesetzgebungsweg vorbehalten bleiben. Damit die Reichsregierung für die Umschuldung der östlichen Landwirtschaft den Artikel 48 nicht hätte anzuwenden brauchen, machte Preußen das Angebot, der Reichsregierung die Last der Garantie für die 100 Millionen Mark Umlaufschuldenkredite abzunehmen. Die Finanzierung dieses Vorhabens sollte durch die Preußenkasse erfolgen. Seitens der Reichsregierung ist jedoch beabsichtigt, die Hälfte der Bürgschaft auf das Reich zu übernehmen. Über die Beteiligung Preußens für die andere Hälfte wird gegenwärtig noch verhandelt. Die genauen Einzelheiten des Umlaufschuldenprogramms einschließlich seiner Finanzierung sind in der Öffentlichkeit noch nicht bekannt geworden. Auch über die Verteilung und Überwachung der Umlaufschuldenkredite scheinen noch keine festen Pläne zu bestehen, wenn auch vermutlich an dem alten Plan der Errichtung von fünf Landstellen für Ostpreußen, Pommern, Brandenburg-Grenzmark, Nieder- und Oberschlesien festgehalten werden dürfte.

Gezgamt wird also in der Notverordnung statt einer Bürgschaft für die Ablösbeträge von 250 Millionen und statt der ursprünglich vorgesehenen Garantieermäßigung von 400 Millionen für Umlaufschulden darlehen nur eine Ermäßigung zur Bürgschaftsübernahme für 100 Millionen Umlaufschulden darlehen, wozu die 50 Millionen für Betriebsförderung treten, die im Notat vorgesehen sind. Für die landwirtschaftliche Hilfsaktion sind also 150 Millionen Mark gegenüber ursprünglich 700 Millionen Mark in Ansatz gebracht. 50 Millionen von den 150 Millionen stehen in bar zur Verfügung. Der Rest ist auf dem Kapitalmarkt zu beschaffen. Die Verhandlungen mit den Banken sollen erfolgreich gewesen sein. Die Kredite werden so lange zur Verfügung gestellt werden, bis die endgültige Finanzierung durch die Ablösbank möglich ist.

Für die nächste Zeit wird trotz Nichtverabschiedung des Osthilfegesetzes die Umschuldung und die Betriebsicherung in etwa dem gleichen Umfang durchgeführt werden, wie das bei Annahme des Gesetzes erfolgt wäre. Außer den 50 Millionen für die Betriebsförderung sollen noch 66 Millionen für die Kostenlenkung verwendet werden. Diese Mittel werden also nicht wie die Umlaufschuldenkredite lediglich durch eine Bürgschaft des Reiches gedeckt, sondern müssen aus Etatmitteln aufgebracht werden. Es entfallen davon 12 Millionen Mark auf die Frachterleichterung in Ostpreußen und Ostpommern, etwa 45 Millionen auf weitere Lastenkundung und soziale und kulturelle Zwecke. 7 Millionen sind für die Kostenlenkung bestimmt. Die von der Wirtschaft des deutschen Ostens so dringend geforderten Eisenbahnbauten konnten in dem vorliegenden Notprogramm keine Verwirklichung finden. Jedoch erleidet das Siedlungswesen, dem schon bisher jährlich 50 Millionen Mark in Zwischenkrediten vom Reich zur Verfügung gestellt wurden, keine Unterbrechung. Nachdem alle organisatorischen Maßnahmen getroffen sind, werden Reichsregierung und preußische Regierung nunmehr alles tun, um den großen Schwierigkeiten im deutschen Osten entgegenzuwirken.

Treviranus über die Osthilfe

Berlin, 31. Juli.

In einer Rede über das in der Notverordnung enthaltene Ostprogramm erklärte Minister Trebitsch, es daß nur ein Teil des Programms durch Notverordnung verwirklicht werden konnte, ein weiterer Teil aber zurückgestellt werden mußte, weil die geistlichen und verfassungsmäßigen Voraussetzungen für die Infrastruktur auch dieser Bestimmungen nicht gegeben waren. Darunter fielen die Bestimmungen über die Bildung der Ablösbank, über die Durchführung der Umlaufschulden, über die Durchführung größerer Wege- und Eisenbahnbauten und anderes. Trotz der Unmöglichkeit, die Ablösbank zu schaffen, habe die Reichsregierung die Osthilfe in möglichst weitem Umfang sicherstellen können.

Die Banken hätten sich bereiterklärt, für das laufende Jahr auch Mittel für die Umschuldung und Betriebsförderung in Verbindung mit dem Vollstreckungsschutz zur Verfügung zu stellen.

Die Durchführungsbestimmungen für die Landstellen würden alsbald durch die Reichsregierung im Einvernehmen mit den Länderregierungen vorläufig in Kraft gesetzt werden. Darüber hinaus sei es möglich gewesen, durch die Infrastruktur des Haushalts die dort vorgesehenen rund 126 Milliarden für die Kostenlenkung und andere Maßnahmen zur Verfügung zu stellen. Die Reichsregierung werde dem kommenden Reichstag vorschlagen, das Osthilfegesetz in der dem letzten Reichstag vorgelegten Fassung erneut zu verabschieden.

Kanzlerbrief an Hugenberg

Berlin, 31. Juli.

Auf ein Schreiben des Geheimrats Hugenberg an den Reichspräsidenten, über die Infrastruktur des Ostprogramms,

siehe, ist vom Reichsstaatsrat Dr. Brünning folgende Antwort ergangen: „Sehr geehrter Herr Geheimrat! Ihr geschildigtes Schreiben vom 25. 7. habe erhalten, nachdem der Herr Reichspräsident bereits die neuen Notverordnungen auf Grund des Artikels 48 unterzeichnet hatte. Die Verwirklichung des gesamten Ostprogramms ist durch die Abstimmung des 18. Juli verschoben. Eine Einbeziehung des von der Reichsregierung vorgelegten Gesamtprogramms in die auf Grund des Artikels 48 erlassenen Notverordnungen ist aus verfassungsrechtlichen und kreditpolitischen Rücksichten nicht möglich. Eine Verschiebung der Entscheidungen über das Osthilfegesetz war meines Wissens nie beabsichtigt. Allerdings war den Parteien klar, daß vor der Verabschiedung des Etats und der Deckungsmöglichkeiten das Ostprogramm lediglich auf dem Papier stand.“

Wenn also das Osthilfegesetz nicht insgesamt hat verabschiedet werden können und nicht schon jetzt die Grundlage für einige auf eine Reihe von Jahren vorgesehene Maßnahmen geschaffen werden kann, so trifft die Schuld hierfür die Parteien klar, daß vor der Verabschiedung auch dieser Maßnahmen notwendigen Mittel verfügt haben.

Allerlei Neugkeiten

Die Leiche des Fliegers Hamkens geborgen? Von Fischer wurde in der Hochwachter Bucht die Leiche eines Mannes geborgen und nach Kiel eingeliefert. Es dürfte sich allem Anschein nach um den Flieger Werner Hamkens aus Schleswig handeln, der am 14. Juli während eines Fluges Warnemünde—Kiel über der Hochwachter Bucht aus dem Flugzeug gestürzt und seitdem vermisst war.

Ein mysteriöser Sprengstoffanschlag. In der Nacht hat in Solling-Wald ein unbekannter Mann, wahrscheinlich ein streitender Arbeiter der Firma Klopp, einen Anschlag auf das Fabrikgebäude dieser Firma verübt. Hierzu hatte er von einer Hochspannungsleitung einen Draht in das Fabrikgebäude gezogen, um eine Sprengladung zur Explosion zu bringen. Die Explosion erfolgte zu früh, so daß der Täter selbst zerstört wurde. Die polizeilichen Ermittlungen sind noch im Gange. Besonderer Gebäudeschaden wurde nicht angerichtet.

Raubüberfall auf einen Wohlfahrtspfleger. Der Wohlfahrtspfleger Richard Surek in Frankfurt a. M. wurde in seiner Wohnung in der Hafenstraße von einem bis jetzt noch unbekannten Täter überfallen und durch einen Schuß in die Brust schwer verletzt. Surek hatte Wohlfahrtsgelder empfangen, die ihm geraubt wurden. Die Höhe des geraubten Betrages ist noch nicht festgestellt, da Surek noch nicht vernahmungsfähig ist.

Wieder ein Todesopfer in Lübeck. Die Tuberkulose-Serum-Fütterung hat abermals ein Opfer gefordert, wodurch sich die Zahl der Todesfälle auf 63 erhöht. Erkrankt sind noch 37 Säuglinge, gebessert 73, gesund, bzw. in ärztlicher Beobachtung befindlich 58.

Spinale Kinderlähmung im hanauer Land. Die aus dem Elsass eingeschleppte Kinderlähmung hat zu mehrfachen Erkrankungen im hanauer Land geführt. Besonders im Bezirk Lichtenau sind eine Reihe von Erkrankungen aufgetreten, weshalb die jetzt zu Ende gegangenen Ferien der Landschulen in einigen Orten des Bezirks bis auf weiteres verlängert wurden. In Gressen ist ein Krankheitsfall tödlich verlaufen.

Neun neue Fälle von spinaler Kinderlähmung sind im Straßburger Bezirk festgestellt worden, davon vier in Straßburg selbst. Vereinzelt ist auch ein Übertragen auf Hochwachter zu verzeichnen. So ist in Straßburg ein Soldat an der Krankheit gestorben. Von den 561 Gemeinden des Departements Unter-Elsas sind 70 von der Krankheit betroffen. Im ganzen zählt man 237 Fälle. Im Departement Ober-Elsas sind nur 30 Fälle festgestellt worden, von denen einer tödlich verlaufen ist.

Ein Bürgermeister auf Martinique tödlich verletzt. Das französische Kolonialministerium teilt mit, daß der Bürgermeister von Lamentin auf Martinique nachts im Schlafe überfallen und schwer verletzt worden ist. Der Täter ist noch nicht ermittelt.

Ein Erdbeben in Nicaragua. Associated Press meldet aus Managua (Nicaragua), daß dort ein mehrere Sekunden dauernder Erdstoß wahrgenommen worden sei. Es sei jedoch kein Schaden angerichtet worden.

Vier Tote durch Zusammenstoß zweier Güterzüge. Auf der Strecke nach Konstanz in der Nähe der Station Medelsheim in Rumänien stieß ein Petroleumzug mit einem Güterzug zusammen. Beide Lokomotiven und 20 Wagen wurden zerstört. Vier Personen wurden getötet, 20 verletzt. Der Schaden beträgt 10 Millionen Lei.

Ueberschwemmung im nördlichen Indien. Nach Berichten aus der Provinz Sind stehen mehr als hundert Dörfer unter Wasser. Eine Fläche von 150 Quadratkilometern zwischen dem Fluss und der Stadt Shikarpur ist völlig überflutet. Wie verlautet, haben 300 Banditen die von ihren Bewohnern verlassenen Häusern geplündert und mehr als sechs Millionen Rupien an Bargeld erbeutet.

Wiederaufbau im Erdbebengebiet. Nach einer Mitteilung des italienischen Unterstaatssekretärs für öffentliche Arbeiten ist mit dem Wiederaufbau von elf Ortschaften des Erdbebengebiets bereits begonnen worden. In Occabia wurden noch drei Tote, in Montecalvo noch zwei weitere Tote geboren. Die Bevölkerung ist infolge der Hilfmaßnahmen der Regierung zuversichtlicher Stimmung.

Magdeburg. Die Meldungen über Massenvergeltungen von Fischen in den kleineren mitteldeutschen Flüssen nehmen kein Ende. In den letzten Tagen konnte man auf der Bode, von Groningen bis zur Oscherslebener Flur, tausende von toten Fischen schwimmen sehen. Zentnerweise werden die Flüsse, darunter Hechte und Zügel bis zu vier Pfund, aus dem Wasser geholt. Die behördliche Untersuchung über die Ursache des Fischsterbens ist noch im Gange. In diesem Falle sollen keine giftigen Abwasser der Gründ sein.

Magdeburg. Blitschlag in Döschalteranlage. In die Döschalteranlage des neuen Umspannwerkes des Gas- und Elektrizitätswerkes Mittelachsen im Schönebecker Wald während des letzten Gewitters ein Blitze. Der Döschalter der 30 000 Volt-Leitung explodierte, zwei Wände und sämtliche Türen der Umspannanlage wurden eingeschlagen. Personen kamen nicht zu Schaden.

Mühlberg. Nachdem das Kanal-Vorbereitungsausschuss Senftenberg seine Arbeiten abgeschlossen hat, hat der Leiter des Amtes ein Gutachten erstattet, das nunmehr der Elbe-Strombauverwaltung in Magdeburg und dem Reichsverkehrsministerium zur Nachprüfung vorliegt. Das Gutachten bejaht die Wirtschaftlichkeit des geplanten Elbe-Spree-Oder-Kanals und befürwortet, falls der Bau des ganzen Kanals wegen Vordringlichkeit anderer Aufgaben und aus Mangel anzurenden Mitteln sich zurzeit als unmöglich herausstellen sollte, wenigstens das Teilstück Elbe-Senftenberg in Angriff zu nehmen, dessen Baukosten auf etwas über 45 Millionen RM veranschlagt werden. Bei einer Verzinsung und Tilgung des Baukapitals mit noch nicht 6 Prozent und Verwaltungs-, Betriebs- und Unterhaltungskosten von noch nicht 350 Millionen RM können die jährlichen Gesamtkosten 3,3 Millionen RM nicht übersteigen. Nach den Verleihberechnungen würde man im ersten Jahre auf über 2,2 Millionen RM Frachtersparnis kommen, im sechsten Jahre würden sich diese Ersparnisse auf 5,8 Millionen und im zehnten Jahre auf über 6,6 Millionen RM belaufen. Einige Fehlbeträge könnten also aus diesen Frachtersparnissen gedeckt werden, so daß die Wirtschaftlichkeit der Teilstrecke Elbe-Senftenberg ohne weiteres gegeben ist.

Großau (Böhmen). Ein Gemüsebauer, dem wiederholte große Mengen Gemüse gestohlen worden waren, legte sich nachts auf die Lauer und überraschte vier Diebe, die mit vermummten Gesichtern ihre Arbeit begannen. Es kam zu einem harten Kampf, wobei der Bauer von der Schuhwaffe Gebrauch mache und einen der Täter verletze. Nach einer blutigen Schlacht entkamen die Gauner unerkannt in den nächtlichen Dunkelheit.

Mersburg. Sich selbst aufgespielt. In Billingsleben ereignete sich ein schrecklicher Unfall. Als der Steinleger Ludwig auf das Dach seiner Scheune steigen wollte, brach die Leiter. Ludwig stürzte rücklings auf und spießte sich an dem abgebrochenen Leiterende auf. Er erlitt schwere Verlehrungen und mußte ins Krankenhaus gebracht werden.

Apolda. Von den eingelieferten Schwerverletzten des Omnibusunglücks am Montagabend ist Frau Vogler aus Paulinzella verstorben. Damit erhöht sich die Zahl der Toten auf drei. Von den Leichtverletzten konnten 27 entlassen werden. Sieben Schwerverletzte befinden sich noch im Krankenhaus, doch dürften auch von diesen zwei bald zur Entlassung kommen. Der Zustand einiger Schwerverletzter ist noch wie bedenklich. — Über die Ursache des furchtbaren Unglücks ist, entgegen anders lautenden Meldungen, eine endgültige amtliche Feststellung noch nicht erfolgt, da insbesondere der Chauffeur noch nicht vernehmungsfähig ist. Wie amtlich lediglich festgestellt wurde, ist der Gang ausgeschaltet gewesen, die Bremsen waren fest angedreht.

Zehlitz. Wegen dringenden Verdachts des betrügerischen Bankerois, Meineids, Pfänderverstrickung und Vergebens gegen die Reichsversicherungsordnung sind jetzt die ehemaligen Fabrikbesitzer Gebrüder Müller, die früheren Inhaber der im vergangenen Jahre in Konkurs gegangenen Egelflor-Kinderwagenfabrik, verhaftet worden.

Dessau. Zur Befestigung des sogenannten „Kurzen Wurfs“ soll befamlich die Elbe verlegt werden. Der Durchstich beginnt nach den jetzt an Ort und Stelle vorgenommenen Abpfahlungen unterhalb des Sieglitzer Berges und erreicht den Strom bei Schloß Rotall wieder. Der neue Flusslauf soll eine Länge von 900 Meter und eine Sohlenbreite von 35 Meter erhalten. Damit wird der Flusslauf um etwa zwei Kilometer verkürzt. Das Gelände, durch das der Durchstich gelegt wird, ist zum größten Teil bewaldet. Nach seiner Vollendung wird eine gefährliche Stelle des Flusslaufs beseitigt sein, was besonders die Schifffahrt begründet wird.



23206

Amerikanisch-russischer Handelskrieg?

Die New Yorker Zollbehörde hat zwei russische Schiffe die Erlaubnis verweigert, ihre Ladungen zu löschen. Weitere 32 Dampfer, die mit russischen Waren unterwegs sind, werden von dem gleichen Verbot betroffen werden. Das Vorgehen wird mit der Behauptung begründet, Sowjetrußland habe die Absicht, die amerikanische Industrie durch Überflutung Amerikas mit Gefangenearbeit zu ruinieren. U.S.A. Hilfschiffskreisler Roman.

Aus dem Gerichtssaal

Berurteilte Straftäuber

Das Gemeinsame Schöffengericht Dresden verurteilte den 47 Jahre alten Bauarbeiter Jordan und den 26 Jahre alten Bäckergehilfen Zipp, beide aus Großenhain, wegen schweren Raubes in Tateinheit mit gemeinschaftlicher Körperverletzung unter Verleugnung mindernder Umstände zu je fünf Jahren Zuchthaus und sechs Jahren Ehrenrechtsverlust. Der 21 Jahre alte Schmiedegeselle Lachmann erhielt wegen Beihilfe die Mindeststrafe von drei Monaten Gefängnis unter Jubiläumsgabe einer dreijährigen Bewährungsfrist. — Die Angeklagten hatten am 17. April ds. J. in der zehnten Abendstunde den 59 Jahre alten Gutsbesitzer Wendel aus Krauschütz, der auf seinem Rode heimwärts fuhr, unweit des Spittelteiches überfallen, zu Boden geschlagen und beraubt. Die Täter flüchteten sodann in Richtung Großenhain, konnten aber bereits am nächsten Morgen ermittelt und festgenommen werden.

Unschuldig verurteilt?

In dem Strafprozeß gegen den Pelzhändler Hemann in Chemnitz, der wegen eines in seinem Geschäft vorgenommenen Einbruchdiebstahls, den er selbst ausgeführt haben soll, zu Gefängnis verurteilt wurde, hat die Staatsanwaltschaft den für die nächsten Tage anberaumten Berufungstermin abgesagt, weil, wie man hört, in Stuttgart zwei Einbrecher eingestanden haben sollen, den Einbruch ausgeführt zu haben.

Rasende Müller verurteilt

Das Schöffengericht Weissenfels verurteilte den Kaufmann Roth in Hannover wegen fahrlässiger Körperverletzung zu 800 RM Geldstrafe. Roth, der am zweiten Osterfesttag mit seinem Auto von Weissenfels nach Naumburg unterwegs war, stieß in der Nähe von Leisling mit dem Motorrad des Bauunternehmers Nohland aus Kleinröden zusammen. Dabei wurde Nohland vom Rad geschleudert und erheblich verletzt. Die Verhandlung erbrachte keinen Beweis, daß Roth auf der linken Straßenseite gefahren war.

Ein falscher Polizeibeamter als Zeichner

In den letzten Monaten war der 32 Jahre alte Weber Schneider aus Greiz in der ganzen Umgebung als Polizeibeamter aufgetreten und hatte dabei große Zeichnerlerei verübt. Er gab sich bald in diesem, bald in jenem Bezirk als Polizeibeamter aus, und erklärte, daß er einen Zeichner suchte — der er selber war —, übernachtete, verlangte das Fremdenbuch und gab in einem Falle einer Vergnügungsgesellschaft Polizeistunde. Zum Teil machte er dabei größere Zeichnungen. Überall verschwand er in einem unbewachten Augenblick. Der falsche Polizeibeamte stand nun vor dem Greizer Schöffengericht. Er gab an, unter Depressionen zu leiden, was jedoch der Sachverständige als unzutreffend bezeichnete. Seine Zeichnerlerei hat er mit 7 Monaten Gefängnis zu bestrafen.

Hauptverhandlung gegen die Bombenattentäter

Mit Rücksicht auf die Dauer des Bandenprozesses in Iphofen, der sich zum Teil gegen die gleichen Angeklagten richtet, ist nunmehr in dem Prozeß wegen der Bombenattentate Termin zur Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht in Altona auf Dienstag, 28. August, anberaumt worden.

Urteil im Nindorfer Prozeß

Im sogenannten „Ausfuhrprozeß“ gegen die Nindorfer Bauern in Stade wurde nach zweitägiger Verhandlung das Urteil gefällt. Von den 12 angeklagten Bauern, die beschuldigt waren, am 3. Juni d. J. zwei in Nindorf zur Vollstreckung erschienene Vollziehungsbeamte durch Sperrung der Zufahrtsstraßen nach dem Dorfe an der Ausübung ihres Amtes gehindert zu haben, wurden die beiden Hauptangeklagten, der Bäcker Tiedemann und der Landwirt Kadmann, wegen Beamtenötigung zu je 100 Mark Geldstrafe verurteilt, während die übrigen zehn Angeklagten freigesprochen wurden. Die Kosten des Verfahrens fallen, soweit nicht verurteilt ist, der Staatsfazit zur Last. — Der Staatsanwalt hatte für jeden der zwölf Angeklagten sechs Monate Gefängnis wegen Aufzugs beantragt.



Prinz Damrong von Siam in Berlin.
Prinz Damrong von Siam, der Onkel König Prajadhipok von Siam, hat bei seinem Berliner Aufenthalt mit seinen beiden Töchtern das Großkraftwerk Klingenberg besucht. U.B.Z. Prinz Damrong von Siam (Mitte) mit seinen beiden Töchtern. Links der siamesische Gesandt.



Jum Verfassungstag.
U.B.Z. die beiden vollendete Porträts des Schöpfers der deutschen Reichsverfassung, Hugo Braus, geschaffen von dem Berliner Bildhauer Max Ballentin.

Sächsisches.

Glasbläser. Ende voriger Woche tagten, wie wir schon in Nr. 172 andeuteten, die Mitglieder jenes schon mehrmals für ungültig erklärt Wahlvorschlags für den Krankenfassungsamt. Die Vorschlagsliste vereinigt vorwiegend nicht gewerkschaftlich organisierte Flüchtlinge und freiwillig Versicherte. Man hat nochmals zu den Entscheidungen der Krankenfassung vorgelegten Behörden Stellung genommen und ist entschlossen, es auf eine Wiederholung der Wahl ankommen zu lassen. Bekanntlich war obengenannte Wahlvorschlag schon einmal am 2. Januar und dann wieder am 23. April 1928

vom Kassenvorstand für ungültig erklärt worden und wir hatten in Nr. 118 die Daten der vielen Beschwerden und Reklame, die seit Januar 1928 laufen, angeführt. Sie haben nun durch die vor kurzem erfolgte Entscheidung des Landesversicherungsamtes ihr Ende gefunden. Wir werden nun noch das Resultat der in Kürze vorzunehmenden Wahl zu melden haben.

Dresden, 30. Juli. Unter zahlreichen Glückwunschkundgebungen aus ganz Sachsen, vor allen aus landwirtschaftlichen Kreisen, konnte Karl Graf zu Münster seinen 70. Geburtstag feiern. Er ist als einer der besten Reiter auf dem Gebiete der Pferdezucht bekannt und hat wie schon sein Vater als königlicher Landstallmeister sehr zur Hebung der sächsischen Pferdezucht beigetragen. Nach dem Kriege übernahm er die Leitung der Hohlenau-Zuchstation der Landwirtschaftskammer in Cunersdorff bei Moritzburg, die er heute noch inne hat. Von der Landwirtschaftskammer wurde ihm zu seinem 70. Geburtstag die silberne Denkmünze nebst Plakette für Verdienste um die Landwirtschaft verliehen. Die Auszeichnung wurde dem Jubilar durch den Präsidenten der Landwirtschaftskammer, Rittergutsbesitzer Vogelang, persönlich überreicht.

Schriftliche Miet- und Pachtverträge über die Vermietung und Verpachtung von in Sachsen gelegenen Grundstücken, insbesondere auch von Wohnungen und Läden, sind nach dem sächsischen Stempelsteuergesetz stempelpflichtig, falls der auf ein Jahr berechnete Miet- oder Pachtzins den Betrag von 400 RM übersteigt. Der Stempel beträgt 4/10 v. H. des auf die vereinbare Vertragsdauer entfallenden Miet- oder Pachtzinses. Bei Miet- und Pachtverträgen, die auf unbestimmte Dauer abgeschlossen sind, wird der Stempelberechnung nur eine einjährige Dauer und der für diesen Zeitraum berechnete Miet- oder Pachtzins als Grunde gelegt. Wie dem Finanzministerium bekannt geworden ist, unterbleibt die Verstempelung der Miet- und Pachtverträge, weil die Verträge von den Vertragsschließenden keiner Stempelsteuerstelle vorliegen werden, obwohl nach § 24 des Stempelgesetzes die Stempelpflicht spätestens binnen zwei Wochen nach Errichtung der Urkunde zu erfüllen ist. Aus der Unterlassung der rechtzeitigen Verstempelung können sich für die Beteiligten grobe Unannehmlichkeiten ergeben, insbesondere liegen sie sich der Gefahr der Bestrafung wegen Stempelsteuerhinterziehung aus. Es wird deshalb auf die Stempelsteuerpflichtigkeit der Miet- und Pachtverträge erneut hingewiesen und bei dieser Gelegenheit im Hinblick auf die von den Finanzämtern immer wieder beobachteten Zuwidderhandlungen zugleich darauf aufmerksam gemacht, daß auch andere nach dem Tarif zum Stempelsteuergesetz stempelpflichtige Verträge und sonstige Urkunden, z. B. Bürgschaften, Pfandrechtsbesitzungen, Schuldverschreibungen, Vergleiche sowie Vollmachten binnen 14 Tagen nach ihrer Errichtung einer Stempelsteuerstelle zur Besteuerung vorzulegen sind.

Die Aktien-Gesellschaft Sächsische Werke hat mit der National City Bank in New York eine zweijährige fünfprozentige Unleih in Höhe von 10 Millionen Dollar abgeschlossen. Die Unleih wird heute in New York zum Kurs von 97,50 Prozent ausgelegt.

Die Zahl der weiblichen Theologiestudierenden an den deutschen Universitäten ist in raschem Aufstieg begriffen. Es studierten evangelische Theologie im Sommersemester 1925: 52 Frauen, im Wintersemester 1925/26: 54, im S.S. 1926: 76, im W.S. 1926/27: 79, im S.S. 1927: 94, im W.S. 1927/28: 96, im S.S. 1928: 143, im W.S. 1928/29: 158, im S.S. 1929: 229 Frauen. Die Zahl hat sich also in 4 Jahren mehr als vervierfacht.

Reichstage auslösenden seit 1871. Während alle Reichstage nach der Umwälzung im Jahre 1918 der Auseinandersetzung versessen sind, sind die Reichstage der Vorkriegszeit nur selten ausgelöst worden. Die Vorkriegsauslösungen erfolgten wie folgt: 1878 Sozialistengesetz, Bismarck; 1886 Herrenwahlrecht, Bismarck; 1893 Heereswahlrecht, Caprivi; 1906 Kolonialwahlrecht, Bismarck. Dies sind vier Auslösungen in 47 Jahren gegen vier Auflösungen in 11 Jahren der Republik; 1. Frühjahr 1924 Marx, Inflationsgesetz; 2. Herbst 1924 Marx, Schwierigkeiten bei der Regierungsbildung, 3. März 1928 Luther, Zuspitzung der innerpolitischen Lage, 4. Juli 1930 Innenpolitische Schwierigkeiten, Dr. Bräuning.

Pirna. Dienstag vormittag in der 12. Stunde wurde im Stadtteil Nieder-Bogelang eine Frau in der Nähe ihrer Wohnung gasvergast aufgefunden. Es lag Unglücksfall vor. Die Frau hatte Wasser auf den Gaslocher gelegt, infolge Überflödens war die Gasflamme, von der Frau unbemerkt, verlösch, so daß das Gas unverbrannt entzündete und die Frau sich eine Gasvergiftung zuzog. Die von Samaritern mittels Sauerstoffapparates angestellten Wiederbelebungsversuche waren von Erfolg, doch mußte die Frau dem Krankenhaus zugeführt werden.

Döbeln. Die Stadtverordneten beschlossen die Aufnahme einer 300 000-Mark-Unleih, um wieder ein außerordentliches Wohnungsbauprogramm durchführen zu können. Die Unleih wird bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte aufgenommen. Weiter berichtete Bürgermeister Röhr über den planmäßigen Bau von 32 Wohnungen aus Mitteln des Reichswohnungsnotprogramms. Den Bemühungen der beiden Bürgermeister gelang es, im Rahmen dieses Programms 30 Wohnungen für Döbeln zu sichern. Zwei Wohnungen erstellt die Stadt noch selbst, so daß in Kürze der Neubau von vier Achtfamilien-Wohnhäusern auf dem Gopersberg beginnen kann. In der gleichen Sitzung nahmen die Stadtverordneten Kenntnis von dem ersten Abschluß der Städtischen Sparkasse, der einen Überstand von rund 95 000 Mark aufweist. 23 000 Mark sollen von dieser Summe dem Volksbadbaufonds gutgeschrieben werden. Allgemeine Überraschung löste eine Eingabe der Kommunistischen Partei aus, daß der Stadtverordnete Schunk, einer der bekanntesten Döbelner Moskauwahlkämpfer, aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen worden ist. Die Fraktion der KPD ist damit auf zwei Mann zusammengezogen.

Alfeld, 30. Juli. Bei Seerhausen ereignete sich am Dienstagvormittag ein schwerer Kraftwagenunfall. Der Kraftwagen

Lästiger Schweißgeruch

Bei übermäßiger Schweißbildung an Händen, Füßen und in den Achselhöhlen, sowie Schweißentzündung, besonders bei Leoform-Creme. Tube 1 Mark. In allen einzügigen Geschäften erhältlich.

des Generaldirektors Dr. v. Otto von der Thodeschen Papierfabrik in Hainsberg, der auf der Fahrt nach Riesa begriffen war, fuhr gegen einen Baum und wurde fast vollständig zertrümmert. Dr. v. Otto erlitt einen Schädelbruch und wurde nach dem Riesaer Krankenhaus gebracht. Der Chauffeur kam mit leichteren Verletzungen davon. Ein amerikanischer Arzt, der zufällig mit seinem Wagen vorüberkam, leistete die erste Hilfe. Das Unglück ist darauf zurückzuführen, daß infolge des zu dieser Zeit herrschenden Wetters die Straße schlüpfrig geworden war und der Wagen ins Rutschen kam.

Leisnig. Am Sonntag konnte Kirchenmusikdirektor Franziskus Nagler, Leisnigs Ehrenbürger, mit seiner Gattin Helene geb. Busching das Fest der übernreuen Hochzeit feiern. Das Silberpaar wurde von allen Seiten herzlich begrüßt und durch Geschenke und Blumengeschenke geehrt. Bereits im Laufe des Sonnabends fanden sich die ersten Gratulanten ein. Die Reihe der Ständchenbringer eröffneten Abends der MGW. "Aktion" und der Damengesangverein. Am Sonntag wurde das Jubelpaar durch Gesänge der Kantorei und Kurrende, durch den "Saxonia"-Sängerbund einschließlich des MGW. "Liederkranz" sowie durch musikalische Darbietungen eines Leisniger Musikcorps erfreut.

Mulda. In Abwesenheit des Besitzers haben Sonntag nachmittag zwei Bettler durch Aushornden einer Fensterscheibe sich Zutritt in die Wohnung des Breitsehneider Sädelchen Ehepaars verschafft und daraus 50 Mark, ein Armband und eine Uhr gestohlen. Dann sind sie nach Wolfsgrund zu verschwunden. Die bisherigen Nachforschungen sind ergebnislos verlaufen.

Frankenberg. Um Dienstag ist wieder eine Kreuzotter mit 12 Jungen, nunmehr die dritte in wenigen Tagen, zur Ablieferung gebracht worden.

Frankenberg. Vorsicht beim Genuss von Pilzen. In den letzten Tagen häufen sich die Meldungen von Pilzerkrankungen. Auch eine hiesige Familie ist leider in den letzten Tagen schwer erkrankt. Während die Erwachsenen glücklich geheilen, ist bedauerlicherweise ein 9-jähriges Kind der Vergiftung zum Opfer.

Rothensehain. Bei dem Versuche, einen vollbeladenen Erntewagen in die Scheune einzubringen, kam das Pferd eines hiesigen Landwirts der Böschung zu nahe und stürzte ab. Bei den vergleichlichen Bemühungen des Landwirts, das Pferd noch im Sturze zu halten, erhielt er von dem Ortsscheid einen derartig heftigen Schlag, daß ihm die Kniestiefe zertrümmert wurde. Das Tier brach zwei Beine und mußte an Ort und Stelle getötet werden.

Schellenberg. Seit einiger Zeit mehren sich hier die Raubzüge mehrerer Füchse, so daß man bereits von einer förmlichen Fuchspflage sprechen kann. So wurden in der vorigen Woche einem Gutsbesitzer neun Hühner, einem anderen fünf Küken durch die dreisten Räuber entwendet. Ein besonders freches Stück leistete sich ein Fuchs bei einem Eisenbahnschaffner, der gerade mit seiner Familie in der Küche beim Mittagessen saß, als draußen plötzlich ein ängstliches Hühnergeschrei erklang. Man eilte hinaus und erwischte einen Fuchs, wie er bereits eine Henne zu gebissen hatte und dabei war, eine zweite zu zubeißen. Der eroberte Besitzer rannte sofort mit einem Beil in den Hof, doch hatten die Angstschreie seiner Frau leider den Räuber gewarnt, der inzwischen unter Zurücklassung seiner Beute die Flucht ergriffen hatte.

Oberwürschnitz. Im sogenannten Lohwaldsrand ein Schuhnabe einen noch frischen und genießbaren Steinpilz im Gewicht von 1 Kilogramm. Man rechnet infolge der nassen Witterung mit einem sehr guten Pilzjahr.

Plauen. I. B. Ein 23 Jahre alter Gemüsehändler aus Hallenstein wurde am Montag festgenommen. Er hatte am 26. und 28. Juli fälschlicherweise unter dem Namen eines Plauener Kaufmanns bei Plauener Großhändlern durch den Fernsprecher einen größeren Posten Bananen, Tomaten, Pflaumen und Kartoffeln bestellt, die er mit Kraftwagen später abholen ließ. Auch die Spediteure, die der Betrüger zur Abholung der Waren bestellt hatte, hatte er durch den Fernsprecher verständigt. Ehe er jedoch dazu kam, die erschwindete Ware nach auswärts zu verbringen, wurde er durch die Aufmerksamkeit eines der beteiligten Spediteure festgenommen.

Chemnitz. Ihr Wunsch erfüllt. Eine 71 Jahre alte Rentenempfängerin, die vor einigen Tagen versucht hatte, sich im Schloßteiche das Leben zu nehmen, ist jetzt im

Krankenhaus an den Folgen einer Lungenentzündung gestorben.

Plauen. Beim Wäscheplättchen tödlich verunfallt. Abends gegen 10 Uhr wurde die in der Meißnitzer Straße wohnende Witwe Illing von ihrem heimkehrenden Sohn tot aufgefunden. Die Untersuchung ergab, daß sich während des Wäscheplättchens der Gaszuführungsschlauch gelöst hatte, so daß das Gas ungehindert ausströmte konnten.

Meerane. Todessfall. Im Krankenhaus Glauchau ist der Stadtverordnetenvorsteher Schreiber nach langem Leiden im 44. Lebensjahr gestorben. Er gehörte längere Zeit dem Meeraner Stadtrat an.

Letzte Nachrichten.

15 000 Opfer des Erdbebens. — Verheimlichung der Zahlen?

London. Ein nach Neapel entsandter Sonderkorrespondent des Daily Herald berichtet schreckliche Einzelheiten über die italienische Erdbebenkatastrophe. Entgegen der von der italienischen Regierung offiziell angegebenen Totenziffer von 2200 steht der Berichterstatter die Zahl der ums Leben gekommenen Menschen auf 15 000. Das sei das Ergebnis seiner sorgfältigen Beobachtungen und Berechnungen während seiner Reise durch die zerstörten Gegenden. Auf die Frage des Berichterstatters, wie die italienische Regierung zu ihren Zahlen gekommen sei, habe ein Beamter erklärt, man habe bis jetzt nur die gebornten Leichen notiert. Ohne Furcht, widerlegt zu werden, so heißt es in dem Bericht des Korrespondenten des Daily Herald, könne er feststellen: Vielleicht 60 bis 70 Proz. der Toten liegen noch unter den Trümmern, 500 Städte und Gemeinden seien zerstört. In Aquilonia habe er 300 Überlebende von einer Bevölkerung von 3500 Menschen gefunden. In Macedonie mit 8044 Einwohnern sei die Hälfte umgekommen.

Ein polnisches Militärflugzeug über deutschem Gebiet.

Marienwerder. Am 30. Juli. Ein polnisches Militärflugzeug überflog heute vormittag um 11.35 Uhr, von Memel kommend, die Ortschaften Kniphof, Weißfeldburg, Klein-Rebrau, Stangendorf und Russenau im Kreise Marienwerder. Das Flugzeug schlug dann die Richtung nach Graudenz ein. Die polnischen Hoheitszeichen sind einwandfrei festgestellt worden. — Die ständig wiederkommenden Flüge polnischer Militärflugzeuge über deutsches Gebiet hatten vor einiger Zeit zu einer offiziellen Demarche der deutschen Regierung in Warschau geführt. Polens Außenminister, Herr Jozef Beck, vertrat, daß diese, die deutsche Souveränität verletzenden Flüge unverbleiben werden. Sie sind seit der deutschen Beschwörung eher häufiger als selten geworden, der polnische Außenminister hat offenbar nicht die Macht, die Erfüllung seiner

Zusage bei der polnischen Heeresleitung durchsetzen. — Aus diesen Tatbeständen erwächst der deutschen Heeresleitung die unerlässliche Pflicht, diese polnischen Fliegerbesuche auf andere Weise abzuwickeln. Die deutsche Offenheitlichkeit erwartet jedenfalls, daß etwas Nachhaltiges geschieht.

Amerikanische Warnung an die chinesische Regierung.
Washington, 30. Juli. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat an die Pekingregierung eine starke Ermahnung gerichtet, für die Erhaltung amerikanischen Lebens und Eigentums in den von Kommunisten bedrohten Gebieten Sorge zu tragen. Die amerikanische Regierung verweist darauf, daß die Kommunisten in Schantung, Hunan und den angrenzenden Provinzen immer weiteren Aufmarsch verursachen. Die Ermahnung erklärt, daß die amerikanische Regierung sich für den Fall, daß bei kommunistischen Unruhen Amerikaner ihr Leben einbüßen oder das Eigentum von Amerikanern angefasst wird, alle Ansprüche gegen die Pekingregierung vorbehält. Nach hier eingegangenen offiziellen Berichten stehen von der Stadt Tschang-Tcha, die die Kommunisten eingenommen und geplündert haben, nur noch Ruinen.

Die Staatspartei erhält Liste 6.
Berlin, 30. Juli. Zwischen der Deutschen Staatspartei und dem Reichsministerium ist vereinbart worden, daß die Deutsche Staatspartei auf der Wahlliste die bisher von den Demokraten eingenommene sechste Stelle erhält.

Australiensieger Hooh im Dschungel als Leiche aufgefunden.
London, 30. Juli. Die zweite Rettungsexpedition, die am 22. Juli nach dem vermissten Australiensieger Hooh ausgesandt worden war, soll nunmehr die Leiche des Verunglückten im Dschungel aufgefunden haben. Der Körper, von dem nahezu nur noch das Skelett übrig war, zeigt Spuren von einem Überfall durch einen Leoparden oder Tiger. Hooh war am 20. Juni mit einem Kameraden von England nach Australien gestartet und am 3. Juli im Dschungel, 300 Meilen von Rangoon entfernt, abgestürzt.

600-Jahrfeier der deutschen Sprachinsel Gottschee in Süddiavien.

Belgrad, 30. Juli. Am 1. August beginnen in Gottschee die Feierlichkeiten anlässlich der 600-jährigen Unabhängigkeit der Deutschen in dieser Sprachinsel. An den Feierlichkeiten werden der deutsche, der österreichische und der amerikanische Gesandte in Belgrad sowie mehrere tausend Vertreter aus dem ganzen deutschen Sprachgebiet in Europa und auch aus Amerika teilnehmen. Die Belgrader "Prawda" erklärt zu diesen Feierlichkeiten, daß ihre Bevölkerung ein einzigartiges Beispiel einer modernen Minderheitspolitik sei. Das Blatt verzweigt allerdings, daß gerade zur Zeit der Vorbereitungen für die Feste in Gottschee der führende deutsche Sportverein aufgelöst und sein Vermögen zugunsten des slowakischen Sokolverbands beschlagnahmt wurde.

Schützenhaus Dippoldiswalde

Sichern Sie sich eine Karte
zu dem heiteren
Lieder- u. Quartett-Abend

im Schützenhaus Dippoldiswalde
für Sonntag, den 3. August, 8 Uhr abends

Eintritt 1.— M. Vorverkauf bei den Herren Böhme, Rothe, Stephan, Hörl, Schubert u. im Schützenhaus

Max Langer

Saison-Ausverkauf

3 Schlußstage
Donnerstag, Freitag, Sonnabend

Nützen Sie
bitte noch diese vorteilhafte Einkaufsgelegenheit

Es sind in allen Abteilungen meines großen Lagers Posten ohne Rücksicht auf den Einkauf zurückgesetzt, so daß beim Einkauf jetzt

das halbe Geld langt!

Auf Waren, die nicht extra ausgelegt sind (außer Faden-Artikeln und Bettfedern)

10%

Kassen-Rabatt!

Dippoldiswalde

Trauerbriefe u. -karten : C. Jehne

Für die überaus zahlreichen Beweise der Liebe und Teilnahme bei der Beerdigung meines Bruders Herrn Küchenmeister

Martin Löhe

danke ich hierdurch im Namen aller Hinterbliebenen herzlichst.

Dippoldiswalde, am 30. Juli 1930.

Louise Größel geb. Löhe.



Das "Thalia-Quartett", das am Sonntag einen heiteren Lieder- und Quartettabend im "Schützenhaus" Dippoldiswalde bieten wird. Siehe Inserat.

Saison-Ausverkauf

Preise ganz bedeutend herabgesetzt

Einen Posten

Damenstrümpfe, Waschleide, Siedenflor, Paar M. 1.45, 1.25, bw. Kinderstrümpfe, extra billig — Strickjacken, Schläpfer, kunstledene Röcke und Schläpfer usw. besonders billig

Was nicht herabgesetzt 10% Rabatt (außer Fadenartikeln)

Herrn. Rothe Nachl., Herrengasse 98

Siehe für sofort einen jüngeren

Wirtschaftsgehilfen

Otto Sanpe, Reichstädt

Einkoch-Gläser

einige Deckel

Einkoch-Apparate

Fruchtpressen

Gummi-Ringe

sehr gut und billig

Hans Pfutz

Oberortpl. neb. Louis Schmidt

M. Schumann, Ruppendorf

Beilage zur Weißerich-Zeitung

Nr. 176

Donnerstag, am 31. Juli 1930

96. Jahrgang

Kurze Notizen

Der Parteiausschuss der Deutschen Demokratischen Partei billigte gegen 4 Stimmen die Gründung der Deutschen Staatspartei und stellte die Parteiorganisation für den Wahlkampf zur Verfügung. Praktisch bedeutet der Beschluss das Ende der Deutschen Demokratischen Partei.

In der Strafsache gegen Lampel und Genossen hat nunmehr die Staatsanwaltschaft Reihe gegen die 3 Angeklagten Lampel, Schweninger und Wendt die angekündigte Anklage wegen Mordes erhoben.

Die amerikanische Regierung hat an die Rockfeller-Gesellschaft eine in energischer Form gehaltene Note gerichtet, in der ausreichender Schutz des Lebens und Eigentums amerikanischer Bürger in den von Kommunistentruppen heimgesuchten Gebieten gefordert wird.

Die Zahl der Arbeitslosen in England ist auf 1 972 700 gestiegen. Gegenüber der Vorwoche ist eine Zunahme von 32 834 Arbeitslosen zu verzeichnen.

Auch Dr. Wirth warnt die Linke

Berlin, 31. Juli.

Bei einer Kundgebung des Windthorstbundes und des Katholischen Jugendbundes sprach Reichsinnenminister Dr. Wirth über "Volksstaat in Not". Wirth erklärte, seine Staatsform sei ewiger Bestand garantiiert. Das Reichsgesetz kommt einer Mehrheitsbildung, welche die Krise der Demokratie herbeiführt. Die sozialdemokratische Partei habe, obwohl sie Verfassungsparthei ist, einer solchen Entwicklung Vorschub geleistet. Den Sozialdemokraten gelte seine Warnung, daß es nicht angehe, in Preußen miteinander, im Reich aber gegeneinander, zu regieren.

Wenn bestimmte Regierungsmassnahmen nicht jetzt erfolgt wären, dann wäre im Herbst aus dem Staat ein Trümmerhaufen geworden. Das Beilwort des Zentrums als Schlüpfelpartei lautete: Augen nach links und rechts. Man werde mit den Rechtsparteien nunmehr genau so gut wie bisher mit den Linksparteien zusammenregieren.

Er begrüßte die konservativen Parteien zu ihrem Bekennnis zur Republik, das ihnen ein Zusammengehen mit dem Zentrum ermögliche. Es sei bedauerlich, daß die konservativen Kräfte mit ihrer alten politischen Erfahrung der Republik in ihren 10 Jahren völlig verloren gegangen seien.

Ein Aufruf Mahrauns

Berlin, 31. Juli.

Der Hochmeister des Jungdeutschen Ordens, Arthur Mahraun, hat an seine jungdeutschen und volksnationalen Freunde einen längeren Aufsatz erlassen, dessen demokratischen Wertesetzen Stellen lauten: Nach eingehenden Beratungen des Jungdeutschen Hochkapitels und des Reichsvorstandes der Volksnationalen Reichsvereinigung haben wir den schweren Beschluss gefasst, unsere Anhänger im kommenden Reichstagswahlkampf für eine junge Deutsche Staatspartei aufzurufen. Die jungdeutschen und volksnationalen Führer haben sich zu diesem ernsten Schritt entschlossen und vorhandene Bedenken zurückgestellt, weil sie in der gegenwärtigen politischen Verwirrung die Verantwortung nicht tragen können, durch ein alleiniges Vorgehen der Volksnationalen Reichsvereinigung die von weitesten Volkskreisen geforderte Sammlungsbewegung auf breiter Grundlage zunichte zu machen. Die unaufhörliche Zersplitterung der bürgerlichen Parteien kann so nicht weitergehen. Jener große Teil des Staatsbürgertums, der zwischen der Sozialdemokratie und dem Radikalismus der Rechten steht, fühlt sich von den alten Parteien verlassen und fordert mit unverdächtlicher Gewalt eine grundlegende politische Neugruppierung.

Die Vorbereidungen der vom Volke geforderten Sammlung sind durch die gegenwärtige Entwicklung gegeben. In der jungen Deutschen Staatspartei müssen sich deutsche Menschen aus dem schwarz-weiß-roten wie aus dem schwarz-rot-goldenen Heerlager die Hände zum gemeinsamen Kampf für Reich und Volk, für Einheit und Freiheit geben. Diese Sammlungsbewegung, die sich auf eines dieser beiden Heerlager befränt, wird keinen Erfolg erzielen können. Die junge Deutsche Staatspartei muß den jungen Generatoren die volle Gleicheberechtigung in jeder Beziehung einräumen. Die junge Deutsche Staatspartei muß uns die Gewähr bieten, daß die skrupellose Selbstsucht von Klassen-, Interessenten- und Finanzgruppen einem hohen staatspolitischen Verantwortungsgefühl Platz macht. Wir wollen Staatsvölk, aber nicht Interessentenbauern sein. Das Gebot der Klugheit und Bereitschaft erfordert die Kampfgemeinschaft mit einer Anzahl von Altparlamentariern und politischen Persönlichkeiten der alten Parteien. Darum haben wir uns entschlossen, gemeinsam mit ihnen zur Bildung der Deutschen Staatspartei aufzurufen.

Um uns wird es in erster Linie liegen, die Front nach rechts zu erweitern. Die einmütige Entschlossenheit der jungdeutschen und volksnationalen Bewegung, die Behauptung ihrer Schlüsselstellung innerhalb der jungen Deutschen Staatspartei bietet weiten Volkskreisen die Gewähr für die Ausbildung der internationalen pazifistischen Schwärmer, die dem Deutschen Reich so unermittelbare Schaden zugefügt haben.

Staatspartei gegen Staatspartei

Berlin, 31. Juli.

Der Vorsitzende eines Vereins, der am 2. Mai 1929 als "Deutsche Staatspartei e. V." in das Vereinsregister des Amtsgerichts Berlin-Mitte eingetragen worden ist, namens Hall-Hassen, hat, wie er in einem Schreiben bekanntgibt, den Erlass einer einstweiligen Verfügung gegen die unter Führung von Arthur Mahraun stehende neue Partei abin-

geno beantragt, daß dieser Partei die Führung des Namens Deutsche Staatspartei nur in Übereinstimmung mit dem eingetragenen Verein Deutsche Staatspartei gestattet werden soll. Gemäß Verfügung des Landgerichts 2 Berlin soll über den Erlass einer einstweiligen Verfügung mündliche Verhandlung anberaumt werden.

Arbeitsbeschaffungsfragen

Staatssekretär Dr. Geib im Ruhrgebiet.

Dortmund, 31. Juli.

Der ständige Stellvertreter des Reichsarbeitsministers, Staatssekretär Dr. Geib, weilt gegenwärtig im Ruhrgebiet, um sich einen Eindruck in die Tätigkeit der Sozialbehörden, insbesondere des Landesarbeitsamtes Westfalen und der ihm unterstellten Arbeitsämter sowie in die Maßnahmen für den Arbeiterschutz und das Wohnungswesen im Ruhrgebiet zu verschaffen.

Bei der schweren Wirtschaftskrise im Westen des Reiches gilt sein Interesse besonders den Fragen der Arbeitsbeschaffung. Die Reichsregierung befürchtet durch den Besuch des Staatssekretärs Dr. Geib ihre ernste Sorge um die wirtschaftliche Entwicklung und die Notsstände auf dem Arbeitsmarkt an der Ruhr.

Der Arbeitszeitkontroll in Rheindorf

In den Arbeitszeitstreitigkeiten zwischen den vereinigten Arbeitgeberverbänden der Textilindustrie von Gladbach-Rheindorf und Umgebung und den Textilarbeitergewerkschaften war am 9. Juli vom Staatlichen Schlichtungsausschuß in Rheindorf ein Schiedsspruch gefällt worden.

Der ständige Schlichter für das Rheinland hat es jetzt aber abgelehnt, den Spruch für verbindlich zu erklären, da die gesuchten Voraussetzungen für die Verbindlichkeitserklärung nicht gegeben sind. Es gelten demnach nur noch die Bestimmungen des Mantelvertrages, wonach jede Verlängerung der Arbeitszeit über 48 Stunden der Zustimmung der Betriebsvertretung bedarf.

3000 Angestellte arbeitslos?

Die Kündigungen in der Berliner Metallindustrie.

Berlin, 31. Juli.

Bisher sind in der Berliner Metallindustrie nur vereinzelt Kündigungen ausgesprochen worden. So hat die Firma Höhne von 310 Angestellten 25 gekündigt. Die Lage ist durchaus nicht einheitlich. Bei der U. C. G. beispielsweise sollen 10 Prozent der Gehälter eingelpart werden; ob dies durch Entlassung einiger höher bezahlter Angestellten oder durch einen generellen Abfall erfolgen wird, weiß man noch nicht. Bei Siemens, bei der U. C. G. bei Bergmann und bei den Adlerswerken sind bisher Entlassungen nur in Aussicht gestellt worden, falls sich die Angestellten nicht durch Unterstreich mit der Einführung von Kurzarbeit einverstanden erklären. Auch bei Borgig sind von der Personalleitung Kündigungen in Aussicht gestellt worden und zwar würden hier ungefähr 100 Angestellte betroffen werden.

Falls die angedrohten Kündigungen in den Betrieben durchgeführt werden, ist damit zu rechnen, daß etwa insgesamt 3000 Angestellte stellungslos werden.

Bei Bergmann ist inzwischen Kurzarbeit eingeführt worden, was aber von den Angestelltenorganisationen als Tarifbruch angesehen wird. Man beabsichtigt deshalb, gegen den Verband Berliner Metallindustrieller als Vertragskontrahenten, der für die Innehaltung des Vertrages durch die Mitglieder verantwortlich sei, gerichtliche Schritte im Wege einer Feststellungslage zu unternehmen.

Poincaré attackiert Hindenburg

Paris, 31. Juli.

In seinem üblichen Wochenartikel im "Excellior" beibt sich Poincaré diesmal auf das Gebiet der deutschen Innenpolitik und versteigt sich dabei zu unerhöhten Angriffen gegen den Reichspräsidenten von Hindenburg.

Poincaré erklärt u. a., man brauche nur Hindenburgs Erinnerungen zu lesen, um sich darüber klar zu werden, daß er die Hohenzollern vergöttere. Er sei nicht nur Monarchist, sondern auch Aristokrat. Wenn ein großer Patriot wie er im besetzten Rheinland tiefe Rührung empfinden habe, so sei das verständlich. Bedauerlich sei es aber, daß er seiner Freude in einer Form Ausdruck gegeben habe, die den Interessen eines dauernden Friedens zumünderlässt. Hindenburgs Erklärungen machen den Eindruck, als ob sie den Zweck verfolgten, die Welt mit Deutschlands Haftordnungen vertrügt zu machen.

Er, Poincaré, habe den deutschen Standpunkt in der Saarfrage deutlich zurückgewiesen. Hindenburg dagegen verlangt die bedingungslose Rückgabe eines Gebiets, das nach jüngerer Aussöhnung deutsche Erde sei, seitdem die Hohenzollern es erobert hätten. Der Reichspräsident habe nicht nur auf das Saargebiet angespielt, sondern auch auf die Klauseln des Versailler Vertrages über die entmilitarisierte Rheinlandzone. Er habe erklärt, die betroffenen Gebiete seien noch Bindungen unterworfen, die die Souveränität des Reiches einträchtigen. Hindenburg lehne sich hiermit in direktem Widerstreit zu dem Versailler Vertrag und dem Locarnopakt, der jede Mischung der entmilitarisierten Zone als einen Angriff betrachte.

Heute fühlt sich Frankreich noch nicht vollkommen sicher, weil es nicht weiß, wie das Deutschland von morgen aussieht. Die Ereignisse der letzten Tage seien jedenfalls nicht dazu angezeigt, die Besorgnisse zu zerstreuen. Unter einem wirklichen Regime der Freiheit hätte Brüning, in der Minorität geblieben, zurücktreten und der Reichspräsident eine andere Persönlichkeit mit der Neubildung der Regierung beauftragen müssen. Außerdem bliebe die Frage offen, ob die Anwendung des Artikels 48 tatsächlich gerechtfertigt sei.

Briand Präsidentschaftskandidat?

Paris 30. Juli.

Der Sozialist Léon Blum erklärt in einem Artikel über die im kommenden Jahre stattfindende Neuwahl des Präsidenten der Republik: Seit einigen Wochen werde behutsam Briand als Kandidat für das höchste Amt der französischen Republik lanciert. Die Idee dazu soll angeblich von Poincaré stammen. Briand selbst habe sich zu diesem Gedanken nicht ablehnend verhalten.

Blum erklärt weiter, die Rechte denke als Gegenkandidaten an den Senator Albert Lebrun, der Vorsitzende der Armeekommission des Senates ist. Die Haltung Tardieu lasse schließen, daß er diese Kandidatur gegen seinen Außenminister unterstützen würde. Lebrun habe als lothringischer Patriot die Aufmerksamkeit der Franzosen auf die außenpolitischen Gefahren gelenkt und dabei vorsichtig angedeutet, daß Locarno und die Rheinlandräumung an diejenigen Gefahren mitwirklich seien. Der Wunsch Lebruns selbst sei es, seiner Kandidatur den Charakter eines Protests oder jedenfalls eines starken Vorstoßes gegen die Außenpolitik Briands zu geben.

Aegyptens Erförlig meldet sich

Paris, 31. Juli.

In einem Interview äußert sich der frühere König von Aegypten, Abbas Hilmi über die englisch-agyptischen Beziehungen. Abbas Hilmi mußte nach 23jähriger Regierung 1914 auf Betreiben der Engländer abdanken. Abbas Hilmi erklärt zur jetzigen Lage in Aegypten, er glaube nicht, daß das englische Heer stark genug sei, um der gegenwärtigen Volksbewegung in Aegypten Einhalt zu tun. Er, Abbas Hilmi, sei zwar vorläufig nur ein Zuschauer, aber er würde es nicht ablehnen, seine Pflicht gegenüber Aegypten zu tun, wenn dies notwendig werden würde. Man habe in Konstantinopel fünfmal auf ihn geschossen, und er fürchte sich nicht, sich der Gefahr auszusetzen, daß man wieder auf ihn schieße, wenn das für sein Land von Nutzen sei. Er habe 23 Jahre hindurch gegen die britischen Interessen gearbeitet, aber er gebe sehr wohl zu, daß er der größte Freund Englands sei würde, wenn England der Freunde Aegyptens sein wolle. Heutztage mische sich England nur wenig in die Verwaltung Aegyptens ein. Der von der Arbeiterpartei regierung vorgeschlagene Vertrag würde sogar die militärische Kontrolle Englands befestigen. Es sei dies das erste Mal, daß eine englische Regierung die Lage mit einem wirklichen Sinn für Gerechtigkeit betrachte. Er hoffe, daß England diese Politik fortführen werde. Aegypten könne dann Zugeständnisse in der Sudanfrage machen, um eine friedliche Verständigung mit England herbeizuführen. Die nationalistische ägyptische Bewegung stehe in keinem Zusammenhang mit den Aufstandsbewegungen in Indien und anderen moslemischen Ländern.

Die Türkei droht Persien

Schwarze Note wegen der Kurdenübersäße

London, 31. Juli.

Aus Angora wird berichtet, die türkische Regierung habe beschlossen, eine energisch gehaltene Note an die persische Regierung zu senden, in der gegen die Übersäße von Kurden aus persischem Gebiet Einpruch erhoben und die persische Regierung warnd darauf hinweisen werde, daß die türkische Regierung sich genötigt sehen könnte, Schritte zu tun, um ihre rechtmäßigen Interessen zu schützen. Die türkische Regierung erläutert in der Note, daß die türkischen Austräuber nicht nur ein Auge in Persien sünden, sondern auch alle ihre Vorräte an Lebensmitteln und Munition von jenseits der persischen Grenze erhielten. — Die gesamte Frage wurde von einem besonderen Ministerrat erörtert. Es wurde darauf hingewiesen, daß ein starker Widerpruch zwischen den Berichten der türkischen Militärbehörden an Ort und Stelle und den Aufschriften und angeblichen Maßnahmen der persischen Behörden bestehe.

Ministerpräsident Ismet Pascha führte gegen Persien eine sehr energische Sprache. Er soll erklärt haben, die Türkei werde vor keinem Schritt gegen Persien zurücktreten, der im Interesse rechtmäßiger Verteidigung notwendig werden könnten. Er habe zu verstehen gegeben, daß die Verantwortung für unerfreuliche Entwicklungen der persischen Regierung zu lasten müsse, wenn sie weiterhin die Anwesenheit von kurdischen Rebellen auf persischem Gebiet dulde, deren Ziel es sei, Unruhen in Teilen der Türkei zu erregen.

Bon gestern bis heute

Neue Mitglieder der konservativen Volkspartei.

Der frühere Reichsfinanzminister von Schleben, Staatssekretär a. D. Hagedorn, der frühere bayerische Staatsminister von Brenning und der Vizepräsident des Reichsverbandes der Industrie Abraham Grawein-Elberfeld haben ihre Mitgliedschaft bei der konservativen Volkspartei angemeldet.

Bayerns Landtag für eine Pfalzanneinteile.

Das Plenum des bayerischen Landtages nahm einstimmig einen Antrag an, der die Staatsregierung ersucht, schleunigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den alle Straftaten, die während der Besatzungszeit im berechtigten Abwehrkampf gegen den Separatismus oder in unmittelbarem Zusammenhang mit der Besetzung erfolgten, amnestiert werden.

Die Schinkel-Wache als Gedächtnisstätte.

Über die Umgestaltung der Schinkel-Wache unter den Linden in Berlin für eine Gefallenen-Gedächtnisstätte ist jetzt die Entscheidung gefallen. Die Staatsregierung und preuß-

Polnische Staatsregierung beschlossen, den Entwurf von Professor Heinrich Tessenow, den das Preisgericht an erster Stelle vorgeschlagen hat, zur Ausführung zu bringen. Mit den Bauarbeiten ist begonnen worden.

Wieder Polensieger über deutschem Gebiet.

Ein polnisches Militärflugzeug überflog am Mittwochvormittag von Wenzkommend die Ortschaften Ronitzken, Weichselburg, Klein-Nebrau, Stangendorf und Rusenau im Kreis Marienwerder. Das Flugzeug schlug dann die Richtung nach Gaudenz ein. Die polnischen Hoheitszeichen sind einwandfrei festgestellt worden.

Führerkreis in der Labour Party?

In der sozialistischen Partei Englands ist eine Bewegung im Gange, die auf die Wahl eines anderen Führers als Macdonald hinzuzielen scheint. Der Premierminister und Snowden werden von ihren Anhängern für die Tat- sache verantwortlich gemacht, daß die Arbeitslosigkeit nicht wirksamer bekämpft worden ist, und es wird ständig gegen ihr Uebergewicht in der Partei抗议t. Als Nachfolger Macdonald soll Henderson ausser von soin.

Die Frage der russischen Warenlieferung in Nordamerika.

Der Untersekretär des amerikanischen Schahamits, Lowman, erklärte, nachdem er den Protest gegen die Einfuhrverweigerung russischen Pulp-Holzes angehört hatte, den Vertretern der Amtstorg, es seien keine Beweise dafür erbracht worden, daß dieses Holz nicht ganz oder teilweise mit Hilfe von Zwangsarbeit hergestellt wird. Unter diesen Umständen schreibe das Gesetz die Verweigerung der Einfuhrerlaubnis vor.

Ein neuer Vizegouverneur der Philippinen.

Präsident Hoover hat das Mitglied der Redaktion der "New York Times" Michael Roosevelt zum Vizegouverneur der Philippinen ernannt. Die Ernennung ist vorläufig und unterliegt der Nachprüfung des Senats bei seinem Wiederaufzutreten im Dezember. Präsident Hoover erklärte, Roosevelt habe große Sympathie für die Philippinen, und die Bedenken, die wegen seiner angeblichen Einstellung zur Unabhängigkeitfrage von Filipino-Seite gegen ihn geäußert worden seien, beruhten auf Missverständnissen, die Roosevelt sehr bald beseitigen dürfte.

"R 100" im Sturm

Newyork, 30. Juli.

Nach hier eingetroffenen Funkspuren von Bord des "R. 100" geriet das Luftschiff bei Verlassen der irischen Küste in einen Sturm, der es weit vom Kurs abtrieb. Später hat sich jedoch das Wetter gebessert. Die letzte Standortmeldung besagt, daß sich das Luftschiff zur Zeit 53,05 Grad nördlicher Breite und 21 Grad westlicher Länge, etwa 750 Kilometer westlich von Island befindet. Die Windstärke ist dem Kursen vorerst mindestens

Auf halbem Wege nach Amerik.

Der Dampfer "Ausonia" teilt durch Funkspur mit, daß das Luftschiff "R 100" die "Ausonia" überflogen und Signale und Grüße mit dem Dampfer ausgetauscht habe. Auf Bord des Luftschiffs sei anscheinend alles in bester Ordnung. Die angegebene Position befindet sich etwa 1500 Kilometer westlich von Süd-Irland.

Verirrte Flugzeuge

Königsberg, 31. Juli.

Ein litauisches Militärflugzeug mußte gestern auf ostpreußischem Gebiet bei Schillehen an der Memel, 500 Meter von der litauischen Grenze entfernt, eine Notlandung vornehmen. In dem Flugzeug befanden sich ein litauischer Unteroffizier der Fliegerchule in Romno und ein Mechaniker. Nach den Ermittlungen dürfte die Landung auf Versiegeln und Betriebsstoffmangel zurückzuführen sein. Die Flieger besaßen weder Karte noch Kompaß.

Paris, 31. Juli.

Aus Colmar wird berichtet, daß gestern Vormittag ein Flugzeug der Flughafen Böblingen, das sich auf dem Flug nach Frankfurt a. M. verirrt hatte, niedergehen mußte. Der Pilot, der bis zur Erledigung der Formalitäten in Colmar bleiben muß, besaß nur schlechte Karten.

Neue Erdstöße in Panama

New-York, 31. Juli.

Gestern Mittag wurde an der Küste des Isthmus von Panama ein neuer Erdstoß verspürt, der unter den Einwohnern der Stadt Colon große Aufregung hervorrief. Menschen kamen nicht zu Schaden, ebenso ist kein Gebäudeschaden entstanden.

Massenvergiftung

40 Personen durch verdorbenes Hafsteink schwere erkrankt.

Brandenburg a. H., 31. Juli.

In den Dörfern Großwusterwitz und Woltersdorf im benachbarten altmärkischen Kreis Jerichow II sind im ganzen etwa 40 Personen an schweren Vergiftungsscheinungen erkrankt, so daß sie sich in ärztliche Behandlung begeben mußten. Der zuständige Kreisarzt hat festgestellt, daß die Vergiftungsscheinungen auf den Genuss von rohem Hafsteink zurückzuführen sind, das aus einer Schlachtetei in Großwusterwitz stammt.

Sowohl die entnommenen Proben als auch die Untersuchung der erkrankten Personen haben den gleichen Krankheitserreger aufzuweisen. Das verdächtige Fleisch ist sofort beschlagnahmt worden.

Mord und Plünderei

10 000 Kommunisten wüteten in Tschangtscha.

Peking, 31. Juli.

In der Stadt Tschangtscha, die den strategischen Mittelpunkt der Provinz Honan darstellt, morden und plündern etwa 10 000 Kommunisten. Der größte Teil der Gebäude steht in Flammen. Der Bruder des Gouverneurs und andere Regierungsmitglieder wurden enthauptet. Mehrere tausend Einwohner sind geflohen.

Das britische Kanonenboot "Aphid" hat bereits fast alle Ausländer, rund 90 Personen, an Bord genommen. Das

britischen Konsulat ist von den Kommunisten besetzt und eine Reihe von Akten entwendet worden.

In der Provinz Kiangsi haben die Kommunisten Nan-chang erobert und rüden nun auf Nan-chang vor, in dessen Nähe gegenwärtig ungefähr 200 Ausländer die Sommerferien verbringen.

Säfisches.

Dresden. Am 28. Juli haben der Vorsitzende des Verbandes der Sächsischen Bezirksverbände, Amtshauptmann Dr. Benus und der Verbandsgeschäftsführer Dr. Guba, in einer Rücksprache bei dem Herrn Minister des Innern, Richter, der sich auch die Vorsitzenden des Verbandes Sächsischer Bezirksgemeinden, Bürgermeister Seidel-Kirschau und der Vereinigung der kleineren sächsischen Landgemeinden, Bürgermeister Schön-Ottendorf (Nördlich) angelitten hatten, die Regierung erneut gebeten, im Hinblick auf die längere Pause in den Arbeiten des Landtages die für die Bezirksverbände und Bezirksgemeinden außerordentlich dringliche Neuordnung des Landesfinanzhaushalt im Wege der Notverordnung vorzunehmen. Der Herr Innensenator erkannte die Notwendigkeit einer auf den 1. April 1930 rückwirkenden Neuordnung des Landesfinanzhaushalt im Anzausgleich, die die Regierung bekanntlich schon im Frühjahr im Wege der Gesetzgebung durchzuführen versucht hat, erneut an, erklärte aber, daß das Gesamtministerium über den Erfolg einer Notverordnung zurzeit noch keine weitere Entschließung getroffen habe. Der Herr Minister vertrat dabei die Auffassung, daß bei der auch von ihm anerkannten außerordentlichen Dringlichkeit der Frage deren Lösung sicherlich über den Herbst 1930 hinausgeschoben werden könne und daß nicht etwa nur einzelne Teile des Finanzhaushalt eine geforderte Regelung finden dürfen.

Dresden. Der Rat beschloß, für die hinterbliebenen der bei dem Grubenunglück bei Neurode ums Leben gekommenen Bergleute aus dem Rat zur Verfügung stehenden Summe eine Spende von 1 000 RM zu überweisen.

Dresden. Blühschlag in die Straßenbahnenleitung. Bei dem hier aufgetretenen kurzen Abzug der Blühschlag zwischen Industriegelände und Abzweig in die Straßenbahnhofleitung der Linie 7. Die Leitung schmolz durch. Personen kamen nicht zu Schaden. Es trat eine längere Verkehrsstockung ein.

Dresden. Das Landtagsbüro hat der kommunistischen Landtagsfraktion auf den Antrag wegen Einberufung des Landtages zum Zwecke der Protesterhebung gegen die Steuernotverordnung des Reiches mitgeteilt, daß ihrem Antrage auf Einberufung des Landtages nicht entsprochen werden kann, da für nächsten Freitag, den 1. August, bereits der Aktionssausschuß zu einer wichtigen Sitzung einzuberufen worden ist.

Dresden. Die Sächsische Staatszeitung veröffentlichte die Verfügung des Gesamtministeriums zur Durchführung der Reichstagswahl. Zum Kreiswahlleiter wurden ernannt: Dr. 25. Wahlkreis (Dresden-Bautzen) Oberregierungsrat Dr. von Haase; Dresden; im 29. Wahlkreis (Leipzig) Oberregierungsrat Helmuth Leipzig. Stellvertreter Regierungsrat Rupe; im 30. Wahlkreis (Chemnitz-Zwickau) Oberbürgermeister Härtel; im 19. Wahlkreis (Chemnitz-Zwickau) Stellvertreter Stadtrat Dr. Dieter Thiemann; Verbandswohlleiter für den Wahlkreisbrand Sachsen ist der Kreiswahlleiter vom 28. Wahlkreis, Oberregierungsrat Dr. Kunze.

Dresden. In der Schloßstraße wurde ein Mann von einem Personentransporter überschlagen. Er erlitt einen Beinbruch. — Auf der Baumberger Landstraße riss ein Motorradfahrer ein 24-jähriges Fräulein zu Boden. Beide Verletzte wurden ins Krankenhaus Friedrichstadt gebracht.

Strehla. Einen eigenartigen, aber immerhin noch glimpflich abgelaufenen Verkehrsunfall erlitt hier auf der Hauptstraße ein mit zwei jungen Leuten aus Ischepa befeistes Motorrad. Als sie in mäßigem Tempo die Straße entlang fuhren, versiegte es sich in dem abgerissenen und auf der Straße liegenden Draht der elektrischen Leitung und stürzte. Im gleichen Augenblick entstand Kurzschluß. Ein mächtiger Feuerstrahl schoß aus der Leitung. Die beiden jungen Leute trugen nur leichte Hautabschürfungen davon.

Melken. Bei einer am 25. Juli hier vorgenommenen Kraftfahrzeugkontrolle, von der insgesamt 245 Fahrzeuge erfaßt wurden, mußten 45 Fahrer wegen g. L. erheblichen Überschreitungen der zulässigen Höchstgeschwindigkeit zu Strafe gebracht werden.

Riesa. An der Kreuzung Paulscher und Goethestraße stießen ein Kraftfahrer und ein Auto zusammen. Der Motorradfahrer, der Landwirt Trapp aus Schönnewitz erlitt einen Beinbruch und Fleischverletzungen.

Taucha. Ein tödlicher Verkehrsunfall ereignete sich am Mittwochnachmittag auf der Staatsstraße nach Leipzig, in der Nähe des Freigutes. Obststeller wollten eine Peitsche umstellen, die sich plötzlich nach der Straße zu neigte. Im gleichen Augenblick kam von Leipzig in ziemlich scharfer Fahrt ein Auto heran. Um der vielleicht auf die Straße laufenden Peitsche auszuweichen, riß der Führer den Wagen hart herum und geriet auf die linke Straßenseite, wo er den hart am Rande fahrenden 30-jährigen Radfahrer Schleiß umriß. Schleiß wurde ein Stück weit mitgeschleift und getötet. Die Schuldfrage wird von der Gendarmerie Thesla untersucht.

Neugersdorf. Der Radiohändler Reichelt kam in der Nähe von Bischofswerda mit seinem Motorrad zum Sturz. Er erlitt einen Schädelbruch und mußte bestimmtlos ins Zittauer Krankenhaus gebracht werden. Eine mitfahrende Dame überbrückte sich mehrere Male, ohne sich zu verlegen.

Reichenbach O.-L. In Zoblik stieß der Handelswirt Bebbard mit seinem Fahrrad mit einem Kraftwagen zusammen. Obwohl er mit erheblichen Verletzungen liegen blieb, kümmerte sich der Kraftwagenführer nicht um ihn, sondern fuhr weiter.

Chemnitz. Aufgefunde Kindesleiche. Von einem Büschucher wurde im Heiligwalde in der Nähe des alten Steinbruchs eine Kindesleiche gefunden. Es handelt sich um ein neugeborenes, lebensfähiges Kind weiblichen Geschlechts. Wahrscheinlich hatte die unbekannte Mutter das Kind erst getötet und dann verbrennen wollen. Denn dem Leichnam, der starke Verkohlungen aufweist, fehlen Kopf, rechter Arm und linke Hand. Die Gebeine des Kindes dürften etwa zwei bis drei Monate zurückliegen. Die Leiche aber erst später an den Fundort gebracht

worden sein. Die polizeilichen Ermittlungen brachten noch kein Ergebnis.

Leipzig. In Leipzig hat bereits am Montag, den 28. Juli, ein großer Kreis führender Demokraten sich mit der neuen Lage beschäftigt und unter Vorsitz von Professor W. Götz beschlossen, mit Koch-Weser und Dietrich-Baden den Weg zur Deutschen Staatspartei zu gehen.

Meuselwitz. Mittwochmorgen ereignete sich auf der Staatsstraße nach Zeitz zwischen den Orten Sabbi und Spröck ein schweres Motorradunglück. Ein von Meuselwitz kommendes Zeitzer Motorrad mit Beiwagen fuhr mit großer Wucht gegen einen Baum. Der Führer des Rades erlitt einen komplizierten Beinbruch, während der Sojus namens Spröck einen Schädelbruch und andere schwere Verletzungen davontrug, die seinen sofortigen Tod zur Folge hatten. Ein im Beiwagen mitfahrender Lehrling blieb unverletzt.

Chemnitz. Mittwochmorgen mußte ein tschechoslowakischer Militärsieger unweit der Bahnhofstraße Chemnitz-Schollberg wegen Benzinknappheit notlanden. Bei der Landung grub sich das Flugzeug, das die tschechischen Landesfarben und die Nummer 143 trug, topüber in den Boden und erlitt dabei Propellerbruch. Der Flieger, der keine Ausweispapiere mit sich führte, wurde von der Polizei vorläufig inhaft genommen.

Vor der Gründung einer Dresdner Ortsgruppe der Konservativen Volkspartei

Dresden. Hier fand eine vorbereitende Sitzung zur Gründung einer Dresdner Ortsgruppe der Konservativen Volkspartei statt, zu der Einladungen an Mitglieder des bisherigen engeren, des weiteren Vorstandes der Deutschnationalen Volkspartei und auch an eine Reihe Dresdner Persönlichkeiten der Konservativen ergangen waren. Nach einer längeren Aussprache wurde beschlossen, einen Aktionsausschuß und einen engeren Ausschuß einzusetzen, der die weiteren vorbereitenden Schritte zur Gründung einer Ortsgruppe der Konservativen Volkspartei unternehmen soll und dessen Leitung General Dr. v. Malitz zu übernommen hat.

Ein entsprechender Aufruf, der auch von dem bisherigen Deutschnationalen Landtagsabgeordneten Fröhliche unterzeichnet ist, ist bereits ergangen. Abg. Fröhliche hat inzwischen ebenfalls den Austritt aus der Deutschnationalen Partei erklärt, wird aber sein Landtagssmandat nicht wieder legieren. — Die Haltung der übrigen Deutschnationalen Landtagsabgeordneten ist noch nicht bekannt. Dagegen haben sich bereits einige frühere Landtagsabgeordnete, wie Oberpostdirektor Börner und Frau Bültmann, für die neue Partei ausgesprochen.

Handel und Börse

Der Dresdner Börse vom 30. Juli. Seit langer Zeit hatte die Börse wieder ein festeres Geschäft. Die Spekulation trat heute auf fast allen Marktgebieten an. Abg. Fröhliche hat inzwischen ebenfalls den Austritt aus der Deutschnationalen Partei erklärt, wird aber sein Landtagssmandat nicht wieder legieren. — Die Haltung der übrigen Deutschnationalen Landtagsabgeordneten ist noch nicht bekannt. Dagegen haben sich bereits einige frühere Landtagsabgeordnete, wie Oberpostdirektor Börner und Frau Bültmann, für die neue Partei ausgesprochen.

Berliner Eisenbahn

Am Mittwoch verkehrte die Börse zu Beginn bei ruhigem Geschäft und ziemlicher Zurückhaltung, doch gut behauptet. Mit Ausnahme von Reichsbahn-Anteilen, die mit 245 (-3%) wesentlich niedriger lagen, war keine bemerkenswerte Abweichung zu beobachten. Dafür erzielten zahlreiche Werte hohe Gewinne. So Polypion plus 8, Vereinigte Photo-Genußscheine plus 5, Strohholz plus 4, Schubert und Salter plus 6, Reichsbahn plus 3, Dresden Albumin-Genußscheine plus 5. Die übrigen Gewinne ketteten sich auf ungefähr 1,5 bis 2 Prozent. Dagegen Brodith Glas minus 5 Prozent.

Berliner Produktionsbörse

Am Mittwoch verkehrte die Börse zu Beginn bei ruhigem Geschäft und ziemlicher Zurückhaltung, doch gut behauptet. Mit Ausnahme von Reichsbahn-Anteilen, die mit 245 (-3%) wesentlich niedriger lagen, war keine bemerkenswerte Abweichung zu beobachten. Dafür erzielten zahlreiche Werte hohe Gewinne. So Polypion plus 8, Vereinigte Photo-Genußscheine plus 5, Strohholz plus 4, Schubert und Salter plus 6, Reichsbahn plus 3, Dresden Albumin-Genußscheine plus 5. Die übrigen Gewinne ketteten sich auf ungefähr 1,5 bis 2 Prozent. Dagegen Brodith Glas minus 5 Prozent.

Am Goldmarkt machte die Ultimo-Anspannung weitere Fortschritte und drückte sich in einem auf 4-6 Prozent erhöhten Soll für Tagesgeld aus. Im übrigen nannte man unverändert für Monatsgeld 4%-5% Prozent.

Am Devisenmarkt beließ sich der amtliche Dollar-Kurs auf 4,1845, der für englische Pfunde auf 20,377.

Berliner Produktionsbörse

Die Produktionsbörse vom Mittwoch zeichnete sich durch ein außerordentlich geringes Angebot an Brotgetreide aus. Da zur Deckung von Kontrollen im laufenden Monat noch größere Mengen an Weizen und Roggen benötigt werden sollen, mußten die Juli-Rottierungen am Markt der Zeitgeschäfte für Weizen und Roggen herau gesetzt werden. Die späteren Sichten zeigten daher eine Neigung zur Abstimmung. Die Kauflust war hier wie auch im Brotmarktfeld nicht sehr groß, was in der Haupthalle wohl auf das schlechte Weißbrotzähler zurückzuführen ist. Für Gerste machte sich Interesse bemerkbar, hoher hatte bei knappem Angebot stetige Tendenzen.

Notierungen:

| Weizen ab märk. Stat. | Roggenste fr. Berlin |
|-----------------------|----------------------|
| 158—161 | 9,75—10,40 |
| Raps | — — |
| Leinsaat | — — |
| 174—197 | 27,00—32,00 |
| Blattkörner | 24,00—27,50 |
| Fl. Speiserohren | 19,00—20,00 |
| Fl. Butter | 22,00—25,00 |
| Butterflocken | 17,00—18,50 |
| Widen | 21,00—23,50 |
| Lupinen, blau | — — |
| Lupinen, gelb | — — |
| Gras, neu | — — |
| Spargel, neu | — — |
| Rapotsuchen, 38% | 10,60—11,60 |
| Flachs, 37% | 16,20—16,60 |
| Br. inlf. Saat | 8,50—9,30 |
| Trockendünkel | — — |
| Soya-Schrot, 45% | 14,00 |

zung des Geldmarktes im Ausmaße von 350 Millionen RM. soll es sich zunächst um die Unterbringung von 150 Millionen RM. Schätzungen handeln, von denen ein Konsortium unter Führung der Reichsbank 100 Millionen übernimmt. Die Laufzeit der Schätzungen, die mit 8 Prozent verzinslich sind, soll 5 Jahre betragen. Der Übernahmekurs ist noch nicht festgesetzt, er dürfte zwischen 95–95½ Prozent liegen.

1. August
Sonnenaufgang 4.23 Sonnenuntergang 19.49
Mondaufgang 13.9 Monduntergang 22.32
1291: Gründung der Schweizer Eidgenossenschaft. —
1911: Der Sprachforscher Konrad Duden in Sonnenberg gest. (geb. 1829). — 1914: Mobilisierung in Deutschland und Frankreich. Kriegserklärung Deutschlands an Russland.

mert wurde. Er selbst kam ohne Verletzungen davon, muß aber natürlich aus dem Wettbewerb ausscheiden.
Von den 60 in Berlin am 20. Juli gestarteten Fliegern sind 33 über die ganze Strecke gekommen. 20 Apparate gelten endgültig als ausgeschieden. Die übrigen 7 Maschinen können z. T. wenigstens noch das Ziel in Berlin rechtzeitig erreichen. Mit dem Ergebnis der Gesamtwertung ist nicht vor Mitte August zu rechnen.

Turnen – Sport – Spiel

Deutscher Abend in Köln. Für die Teilnehmer am 19. Deutschen Bundeschießen wurde ein Deutscher Abend in der großen Messehalle zu Köln-Deutz veranstaltet. Mit einem Spruch an die deutschen Schützen begrüßte Oberbürgermeister Adenauer die Festversammlung und brachte gleichzeitig ein Telegramm des Reichspräsidenten von Hindenburg zur Kenntnis. Als Hauptredner des Abends sprach der Generalsekretär des deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen, Dr. Diem-Berlin, der, von dem Leitsatz ausgehend, der Sport sei der Arzt am Krankenbett des deutschen Volkes, die Entwicklung des deutschen Sports in den Nachkriegsjahren hervorhob und hierbei auch das Schützenwesen herausstrich.

Beim Bundeschießen in Köln wurde auf der Gesamtausstellung der Beschluss gefaßt, das 20. Deutsche Bundeschießen 1933 in Leipzig abzuhalten. Berlin wird vorläufig 1936 das 21. Bundeschießen.

Rund um Schotten. Die Landesgruppen Hessen und Hessen-Nassau des DMV brachten mit dem Rennen „Rund um Schotten“ den vierten Lauf zur Deutschen Motorrad-Radrennmeisterschaft zur Durchführung. Beider litt die Veranstaltung unter ständigem Regen, wodurch die 17,6 Kilometer lange Rundstrecke vollkommen mit einer schwierigen Lehmschicht überzogen wurde. Trotzdem konnte der Engländer Bullus (NSU) mit einem Stundenmittel von 102 Kilometern einen neuen Rundenrekord aufstellen. Im Gesamtergebnis siegte der Frankfurter Klein auf Horoz.

Zur 19. Deutschen Rudermasterschaftsregatta am 10. August in Berlin-Grünau haben 31 Vereine 33 Boote mit 123 Rudern und Steuermannen genannt. Die Meisterschaftsrennen sind durchweg gut besetzt: der Achter mit sechs, der Vierer o. St. mit vier, der Vierer m. St. mit fünf, der Zweier o. St. mit sechs, der Doppelzweier mit vier und der Einer mit acht Booten.

Für die Deutschen Tennismeisterschaften, die am Sonntag in Hamburg beginnen, ist die Auslosung erfolgt. Im Herreneinzel sind die ersten Acht: Boujus, Timmer, Harada, Dr. Landmann, Preiss, Menzel, Gregory und Moon. Die Viertel im Dameneinzel werden angeführt von Gittl-Auhem, Fr. Bayot, Fr. Ryan und Frau Godfree.

Der Europakundsgang nähert sich seinem Ende. Zahlreiche Teilnehmer sind in Berlin eingetroffen. Einige Flieger befinden sich aber noch in Spanien, andere in Südfrankreich. Der Rest ist auf der Strecke zwischen Wien und Berlin.

4,40 Meter Höhe im Stabhochsprung erreichte der amerikanische Stabhochsprunger Warne im Training und überbot damit den Weltrekord um fast 10 Zentimeter.

Das 20. Deutsche Bundeschießen in Leipzig

Leipzig. Wie uns aus Köln gemeldet wird, hat der Deutsche Schützenbund in seiner Gesamtausstellung den Beschluss gefaßt, das 20. Deutsche Bundeschießen im Jahre 1933 in Leipzig abzuhalten. Das 21. Bundeschießen im Jahre 1936 wird wahrscheinlich in Berlin stattfinden.

Sächsische Meisterschaften im Kleinkaliberschießen

Die Meisterschaftskämpfe des Landesverbandes Freistaat Sachsen im Deutschen Kartell für Jagd- und Sportschießen, die in Dresden stattfanden, nahmen einen sehr günstigen Verlauf.

Ergebnisse: Meisterschaft im Einzelschießen offen (ohne Fernrohr): Klasse A: Ebert-Dresden, 132 Ringe; Klasse B: Franken-Dresden, 126; Klasse C: Henn-Leipziger Meilen, 115; Klasse D: Hemann-Leipzig, 110. — Meisterschaft im Einzelschießen, beliebig (mit Fernrohr oder Dioptr): Klasse A: Ebert-Dresden, 140 Ringe; Klasse B: Mühlhain-Oberau, 120; Klasse C: Brunnener Meilen; Klasse D: Herold-Oberau. — Meisterschaft der Mannschaften, offene Bisierung: Klasse A: Dresdner Verein für Jagd- und Sportschießen, 518 Ringe; Klasse B: Polizeisportverein Leipzig, 444 Ringe. Meisterschaft der Mannschaften, beliebige Bisierung: Klasse A: Dresden Verein für Jagd- und Sportschießen, 516 Ringe; Klasse B: Polizeisportverein Leipzig, 472 Ringe. — Ebert-Dresden errang sich mit der höchsten Ringzahl den Titel Sachsenmeister und somit den Ehrenwanderpreis des Landesverbandes (Bronzefigur „Schütze“ von Prof. Bischoff). Die Sachsenmeisterschaften 1931 finden in Meißen statt.

Nur noch sieben Europasieger unterwegs

Berlin, 31. Juli.

Mit den acht gestern in Berlin gelandeten Teilnehmern am Europa-Kundsgang dürfte so ziemlich der Rest am Ziel eingetroffen sein. Es ist bis zum Kontrollschluß am heutigen Donnerstag höchstens noch mit dem rechtzeitigen Eintreffen des Deutschen Gothe, der in Königsberg liegt, des Polen Babinski, der frank in Warschau geblieben ist, und der Schweizer Pierrot (Warschau) und Kolp (Wien) zu rechnen. Die zwischen Lyon und Bern befindlichen Flieger von Gravenreuth und der Pole Muslewski werden das Ziel in Berlin nicht mehr rechtzeitig erreichen können. Von einem argen Würgeschick wurde Dr. King betroffen, der kurz vor Freienwalde an der Oder notlanden mußte, wobei seine Maschine völlig zertrümmert wurde.

George war mit einem Male zum Volkshelden avanciert. Sein Wirken in den letzten Wochen hatte maßlos imponiert. Papers und Jörns hatten an diesem Tage alle Mühe, die Menge der Berichterstatter zu zügeln. George war so klug, sich interviewen zu lassen. In klarer, nachterner Art diktirte er das Interview. Dann ging es wieder an die Arbeit. Um ein Uhr wurde ihm Mrs. Millans gemeldet.

Robert George wollte sich erst verlegen lassen, doch dann kam ein Trost in ihm auf, keine Schwäche zu zeigen, und es wäre eine Schwäche gewesen, wenn er sich vor ihr versteckt hätte.

Hellane kam schön wie immer, aber bleich und mit angstvollen Augen trat sie ein.

George verbeugte sich rubig und bat sie, Platz zu nehmen. Über sie schüttelte traurig den Kopf und sagte: „Nein... nicht eher, als Sie mir verzeihen haben, Robert.“

„Ich habe nichts zu verzeihen,“ entgegnete George ruhig und bedacht. „Doch die Illusion in mir, die ich eine kurze Weile hatte, zerstört wurde, ist gut, denn ich liebe die Klarheit. Ich habe auch nicht mit Ihnen zu rechten. Sie sind Herrin Ihres Willens.“

„Ich muß Ihnen eine Erklärung geben, Robert!“ sagte sie drängend.

„Warum wollen Sie uns beiden die Angelegenheit noch unnötig erschweren? Ich habe einen Abschlußstrich gemacht. Mrs. Millans. Tun Sie bitte das selbe. Ich große Ihnen nicht.“

Das junge Weib sah ihn mit zuckenden Lippen an, dann brach es in ein heftiges Schluchzen aus.

George dachte in diesem Augenblick nicht darüber nach ob es Komödie oder wahrer Schmerz war. Er wollte nicht darüber nachdenken. Er wollte zu Ende damit sein, denn — mochte ihm Hellane sagen was sie wollte — er kam niemals darüber hinweg. Er wußte es, und drum war ihm die Szene nur peinlich.

Hellane aber wartete auf ein Wort von ihm.

Endlich kam es, ruhig und lächelnd, ohne Schärfe.

„Beenden wir diese Szene, Mrs. Millans.“

Sie zuckte zusammen und sah ihn voll Verzweiflung an. „Ich liebe Sie, Robert, bei meinem Herrgott, ich habe nur immer Sie im Herzen getragen. Ich will an Ihrer Seite sein. Ich liebe niemand außer Ihnen. Ich weiß, daß Sie ein Recht zum Zweifeln hatten, aber es... es war nur ein Scherz... ein Spiel, wie... wie wir Frauen es alle... alle tun, ohne daß wir uns dabei etwas denken.“

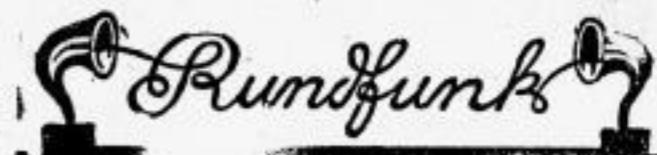
George trat dicht zu ihr hin.

Sie hob den Kopf und sah in sein hartes Gesicht.

„Mrs. Millans,“ lagte George ruhig, „das Leben hat meine Augen geschärft. Sie haben gelernt zu unterscheiden. Aber ich will Ihnen heute ein Wort sagen, das Ihnen vielleicht den Frieden wiedergibt: Ich werde nach einem Jahre wieder zu Ihnen kommen, und dann wird Klarheit sein, bestimmt Klarheit! Das können Sie mir glauben. Heute umgibt uns noch so viel Ungekürtzes. Geheimnisse lasten auf dem Hause Mac Millans. Ich will keinen Tisch machen. In einem Jahre.“

„Dann hast du mich vergessen!“ weinte sie auf.

„Das weiß ich nicht!“ sagte er schroff. „Das wird nicht an mir liegen. Jetzt lassen Sie mich weiterarbeiten an meiner Aufgabe.“



Rundfunkprogramm für Freitag, den 1. August

Leipzig und Dresden.

12.00 Märkte und Walzer; 12.55 Rauener Zeitzeichen; 13.00 Wettervorauslage, Preise und Börsenbericht; anschließend Schallplatten; 14.00 Das neue Buch; 14.30 Studie der Mitteldeutschen Sender; 15.15 Dienst der LandFrau; Käthe Jung, Mühlbach b. Wurzen: „Praktische Wunde für Hausmädchen“; 15.40 Wirtschaftsnachrichten; 16.00 Theodor Anzinger, München: „Amerikanische Streiflichter“; 16.30–17.40 Aus deutschen Spielopern; 17.55 Wirtschaftsnachrichten; 18.05 Sozialversicherungsrundfunk; 18.20 Wettervorauslage und Zeitangabe; 18.30 Prof. Dr. Ibrahim, Jena: „Der Säugling“; 19.00 Dr. Karl Liebers, Zwittau, und Dr. Karl Schenkel, Leipzig: „Frage des Autoverkehrs“; 19.20 Tagessagen der Wirtschaft; 19.40 Unterhaltungskonzert; 20.30 „Schluß und Jau“; 22.00 Zeitangabe, Wettervorauslage, Preisebericht und Sportfunk; anschließend Tanzmusik.

Berlin — Stettin — Magdeburg.

6.30: Fun-Gymnastik. — Anschließend: Frühkonzert. — 8.15: Eine Werteleistung Hermann Tieck und Kadewe. — 12.30: Wettermeldungen für den Landwirt. — Für das Stettiner Programm 13.05: Sondermitteilungen für den Landwirt (zusammengestellt von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Pommern). — 14.00: Die neuen Schallplatten. — 15.20: Die berufstätige Frau und das Kind. — 15.40: Dähsien. — 16.05: Das Wochenende — ein Verkehrsproblem. — 16.30: Aus Breslau: Edward Grieg. Dirigent: Franz Matzaef. Kantapelle. — 17.30: Jugendstunde: Die Verwandlungen der Tiere. — 18.00: Das neue Buch. — 18.00: Aus der Werksstadt der Sprache. — 18.30: Programm der nächsten Woche. — 19.00: Dreie Minuten vom Arbeitsmarkt. — 19.05: Unterhaltungsmusik (Kapelle Alfred Brog). — 20.00: Die Autobiographie: Hermann Kesper erzählt sein Leben. — 20.30: Orchester-Konzert. Berliner Fun-Orchester. — Anschließend: Zeitanlage u. v. — 22.30: Abendunterhaltung. Blasorchester. Dirigent: Julius Einödhofer.

Königs Wusterhausen.

5.50: Wetterbericht für die Landwirtschaft. — 6.30: Fun-Gymnastik. — 6.55: Wetterbericht. — 7.00: Frühkonzert. — 10.30: Neueste Nachrichten. — 12.00: Große deutsche Sänger (Schallplattenkonzert). — 13.30: Neueste Nachrichten. — 14.00: Schallplattenkonzert. — 15.00: Jungmädchenstunde: Krankenpflege als Beruf. — 15.30: Wetter- und Börsenbericht. — 16.00: Griechische Bedeutung für die Erziehungslehre. — 16.30: Aus Leipzig: Nachmittagskonzert. — 17.30: Heimatspiele und Heimatspielbewegung. — 18.00: Technischer Fortschritt und Arbeitsmarkt als internationales Problem. — 18.30: Menschen im Beruf. Der Binnenschiff. — 18.55: Das Geheimnis um Shakespeare. — 19.25: Wissenschaftlicher Vortrag für Tierärzte. — 19.55: Wetterbericht für die Landwirtschaft. — 20.00: Programm der Altmühl-Abteilung. — 20.30: Aus Breslau: „Schluß und Jau.“ Spiel zu Scherz und Schimpf mit fünf Unterbrechungen von Gerhart Hauptmann. — Anschließend: Berliner Programm.

Hellane ging still und traurig hinaus.

Nach einer Weile kam Jörns.

Er war sehr ernst. Das Schluchzen des schönen jungen Weibes lag noch in seinem Ohr.

Wenn man die beiden Männer nun zusammenfaßt, konnte man sie in ihrer großen Ähnlichkeit für Zwillingsschwestern halten. Jörns hatte es kaum noch nötig, große Maske zu machen. Nur die Stimme mußte er entsprechend verstehen, und das eben gelang ihm so wunderbar.

Jörns, ja, wie hart und steinern Georges Züge waren. Gitt der Mann, oder ging er in brutaler Weise über des Weibes Schmerz hinweg?

„Mr. Jörns,“ sagte George ernst, „ich bitte Sie, meine Maske anzulegen. Sie sollen jetzt Ihr Meisterstück leisten. Sie werden mich vierzehn Tage lang vertreten und die Dispositionen treffen, die jeweils nötig sind. Sie haben viel, viel gelernt in den Monaten, die Sie bei mir sind. Bobberley und Papers werden Sie unterstützen. Ihre Wohnung ist also die ganze nächste Zeit in meinem Hause in Mrs. Millans Werk. Von morgen ab werde ich untertauchen.“

„Was haben Sie vor, Mr. George?“

„Ich will Silver suchen,“ sagte George ruhig, fast gleichgültig.

„Mr. George,“ sagte Jörns betroffen, „dann sehe ich Sie nicht wieder. Sie gehen in den Tod.“

„Ich habe nie Angst vor ihm gehabt, Jörns. Machen Sie Ihre Sache gut.“

Er wollte noch weitersprechen, doch Mr. Towler wurde ihm gemeldet.

Jörns verließ das Zimmer und ließ Mr. Towler eintreten.

Dessen Gesicht war verändert. Tiefe Erregung belebte es.

Das erkannte George sofort.

„Sie haben die Wellington-Werke gekauft, Mr. George?“

„Ja,“ entgegnete George kurz auf die formlose Einleitung.

„Es ist nicht fair, Mr. George, daß Sie mir dazwischen kommen. Ich hatte mit Wellington abgeschlossen.“

„Das kann nicht stimmen, Mr. Wellington kam zu mir und bot mir seine Werke an. Er wollte nicht an Sie verkaufen Mr. Towler.“

„Er wollte nicht an mich verkaufen? Ich verstehe Mr. Wellington nicht.“

„Mr. Towler,“ begann George wieder und rief den Senator an. „Begegnen wir uns jetzt einmal ohne Maske. Es war doch immer Kampf zwischen Ihnen und uns anderen von der Fleischindustrie.“

„Ja, der Konkurrenzkampf, der überall üblich ist. Jeder möchte an der Spitze sein.“

„Ich meine nicht den ehrlichen Konkurrenzkampf, der das Element des ganzen Geschäftslebens ist. Nein Mr. Towler, Sie sind ein gutes Stück von dem Wege des ehrlichen Kaufmannes abgewichen.“

„Ich bitte Sie, Mr. George!“ brauste Mr. Towler auf.

„Es ist sol. Das Abweichen war sogar so stark, daß es Sie mit dem Geleg in Konflikt gebracht hätte, wäre von mir und Wellington ein Strafverfahren eingeleitet worden, denn schließlich müssen wir Sie als den alleinigen Chef der Firma Towler verantwortlich machen.“

(Fortsetzung folgt)

— 10.40
— 22.00
— 27.50
— 20.00
— 25.00
— 18.50
— 23.50
—
— 11.60
— 16.60
— 9.30
— 15.00
— 13.40
— 21.00
— 26.95,
— 26.96,
— 26.97,
— 26.98,
— 26.99,
— 26.10,
— 26.11,
— 26.12,
— 26.13,
— 26.14,
— 26.15,
— 26.16,
— 26.17,
— 26.18,
— 26.19,
— 26.20,
— 26.21,
— 26.22,
— 26.23,
— 26.24,
— 26.25,
— 26.26,
— 26.27,
— 26.28,
— 26.29,
— 26.30,
— 26.31,
— 26.32,
— 26.33,
— 26.34,
— 26.35,
— 26.36,
— 26.37,
— 26.38,
— 26.39,
— 26.40,
— 26.41,
— 26.42,
— 26.43,
— 26.44,
— 26.45,
— 26.46,
— 26.47,
— 26.48,
— 26.49,
— 26.50,
— 26.51,
— 26.52,
— 26.53,
— 26.54,
— 26.55,
— 26.56,
— 26.57,
— 26.58,
— 26.59,
— 26.60,
— 26.61,
— 26.62,
— 26.63,
— 26.64,
— 26.65,
— 26.66,
— 26.67,
— 26.68,
— 26.69,
— 26



Ostpreussen, das Land der Schwermut

Ostpreußen, einsames Land,
Hart an dein Schicksal gebannt
Mußt du stumm halten
Gegen Sturm und Meeresgewalten.
Du kämpfst am schwersten!"

(Paul. Burg)

In diesen Tagen ist die öffentliche Aufmerksamkeit wieder einmal ganz besonders auf unsere abgeschrägte Provinz Ostpreußen gelenkt worden. Am 11. Juli fährt sich zum 10. Male der Tag, an dem 1920 jene ewig unvergessene Volksabstimmung über das Verbleiben des südlichen Ostpreußens beim Reich bzw. bei Preußen stattfand. Mit fast hundertprozentigem Ergebnis bekannte sich damals das ostpreußische Volk des Abstimmungsgebietes zum Vater- und Mutterland. Weit in die Welt hinein ging die Kunde von diesem erheben-



Marien von der See

den Ergebnis, das den Vertrag von Versailles sichtbar ärgerte, indem es zeigte, daß in Ostpreußen keine Meinungsverschiedenheiten mehr bestanden.

So wie in diesen Tagen in Marienburg die zu Tausenden versammelten Ostpreußen ganz Deutschland, die damals die Schlacht mit hatten, schlagen helfen, sich dann auf den Abstimmungsstag erinnerten, so jubelte 1920 das deutsche Volk über das ostpreußische Vereinnis zum Vaterland, das ja nur unseren mit Sachsen als nicht belasteten früheren Gegnern unerwartet und unerwünscht erschien sein mag. Aber so groß auch der Sieg und so erhabend die Freude darüber war, eins konnten sie nicht mehr abwenden, das Unheil des Korridors. Ostpreußen war durch den sogenannten polnischen Korridor vom Reich abgetrennt worden. Ein in der Weltgeschichte einzig daibender Vorgang, der heute noch den Machern des Versailler Vertrages die Schamröte ins Gesicht treiben müßte, um so mehr, als das Ostland nicht nur abgeschnitten, sondern auch verstimmt wurde. Das Memelland wurde ohne Volksabstimmung Litauen zugesprochen, der Kreis Soldau Polen, und aus Danzig mußte ein Freistaat zurechtgezimmert werden, der unter polnischer Herrschaft ein sehr schweres Dasein fristet.

Über ein Jahrzehnt seufzt jetzt Ostpreußen unter den Folgen der Abschürfung. Über 10 Jahre schon erträgt es deren schwere wirtschaftlichen Auswirkungen. Wie die Ostpreußen zu den treuesten Söhnen unseres Vaterlandes gehören, wie sie zäh an ihm festhalten, so lassen sie sich auch nicht so leicht unterkriegen. Wohl



Hafenansicht von Tilsit.

trägt namentlich die Landwirtschaft über schlimme Röte, auch verschiedenen Industriezweigen, wie den Werften und Lokomotivfabriken, geht es bitter schlecht. Aber Hand und Volk ringen mit unermüdlicher Kraft um ihre Existenz. Das zeigt sich besonders in Königsberg, das gewaltige neue Hafenanlagen mit gigantischen Speichern geschaffen hat, die allerdings, solange der Handel mit den Oststaaten noch nicht auf der alten Höhe ist,

Sahara-Idyll einer Wanderdüne auf der kurischen Nehrung.

noch ihrer eigentlichen Bestimmung harren. Von der alten Festungstore und Wälle die Stadt begrenzen, stehen Häuserreihen mit weißen Grünanlagen, erweitern sich Villenvororte und zeigen umfangreiche Bahnanlagen, daß Königsberg die Hände nicht resigniert in den Schöß legt. Die deutsche Ostmesse, die alljährlich einmal in Verbindung mit Sonder-Schauen zehntausende von Interessenten zusammenführt, und der städtische moderne Flughafen runden das Bild eines sich kräftig und zuverlässig regenden Gemeinwohns. Aber auch in der Provinz fehlt es nicht an gleichen Wagemut. Überall verucht man die wirtschaftliche Lage durch Regsamkeit und Tatkraft zu überwinden. Aber freilich aus sich heraus allein kann Ostpreußen nicht Herr seiner Röte werden. Aufgabe von Reich und Staat ist es, es hierbei zu unterstützen. Und auch das deutsche Volk muß mithelfen. Das kann es am besten, indem es sich um Ostpreußen kümmert. Nicht nur durch Sympathieerklärungen, sondern auch durch persönliche Fühlungnahme, durch den Besuch von Ostpreußen. Ostpreußen ist gelegentlich das Land der Schwermut ge-

erzählen Wanten die alten Ordensburgen, die in verschiedenen Gebieten vorhanden sind. Allen voran natürlich die wieder erstandene Marienburg, die uns mit ihrem Hochsitz schon von weitem grüßt und in der Ostmark willkommen heißt, wenn wir von Berlin aus durch den polnischen Korridor hindurch sind und wieder deutsches Land betreten.

700 Jahre sind in diesem Jahre vergangen, seit das Preußenland durch den Ritterorden deutlich wurde.



Masurische Seelandschaft



Das Schloss und die Schlosskirche in Königsberg

nannt worden. Gewiß stimmen seine Wälder, seine Seen, seine Dünen, die ländlichen Landstriche in verschiedenen Teilen der Provinz ernst. Dafür bergen sie aber auch Schönheiten und Schenkungen von seltem Reiz. Wer hätte nicht schon von dem schönen Samlandstrand gehört, an dem in Palmländer das ostpreußische Gold, der Bernstein, aus der Erde geholt wird? Wer würde nicht wenigstens etwas von der Kurischen Nehrung mit ihren unendlichen Wunderdünen, wie sie in der Welt nicht wieder vorkommen? Wer erinnert sich nach den Weltkriegsergebnissen nicht an Masuren und seine Seen, in deren Nähe jene riesenhafte Befreiungsschlacht von Tannenberg geschlagen wurde? — Mit Königsberg, der Provinzialhauptstadt, und mit seinem trügigen Schloß ist ein gut Teil preußisch-deutscher Geschichte aufs engste verbunden. Hier wurde 1701 das preußische Königreich geboren, hier die preußische Städteordnung von 1808 geschaffen. Von Königsberg begann durch General York 1813 die Erhebung gegen Napoleon. Von hier zog die preußische Landwehr aus, die am 19. Oktober 1813 das Grimmaische Tor in Leipzig stürmte. In Tilsit, das nach der Abtrennung des Memellandes die nördlichste deutsche Stadt wurde, trat 1807 Königin Louise den Willen zu Napoleon an. (Vgl. Wohnort 1813.) In Tilsit sang Mar von Orléans:



An der Samlandküste